
100 Projekte für die Zukunft Wiens

Das Arbeitsprogramm
für ein modernes, soziales,
demokratisches und weltoffenes Wien.

Wien, im Mai 2001

100 Projekte für die Zukunft Wiens

Das Arbeitsprogramm für ein modernes, soziales, demokratisches und weltoffenes Wien.

Modernes Wien

Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen / s.4
Bildung für die Zukunft / s.9
Ein Verkehrs-Masterplan für Wien / s.10
Auf dem Weg zur Klimamusterstadt / s.14

Soziales Wien

Hilfe für diejenigen, die sie brauchen / s.18
Gesundes Wien / s.18
Besser wohnen – besser leben / s.23
Öffentliche Finanzpolitik – sozial ausgewogen / s.25
Sicheres Wien / s.25

Demokratisches Wien

Stadt: Perfekter Service / s.27
Die kommunalen Betriebe müssen die besten sein / s.27
Neues Planen / s.28
Mehr Demokratie / s.29
Schutz der Medienfreiheit / s.29

Weltoffenes Wien

Miteinander der Generationen / s.31
Miteinander der Geschlechter / s.33
Miteinander der Kulturen / s.35
Miteinander der Lebensweisen / s.37
Lebendige Kulturstadt Wien / s.37
Wien, Europa und die Welt / s.40

Wien steht am Beginn eines neuen Jahrhunderts, eines Jahrhunderts mit neuen Herausforderungen und neuen Chancen. Die Wiener SozialdemokratInnen haben bei den Gemeinderatswahlen am 25. März 2001 von der Wiener Bevölkerung ein starkes Vertrauensvotum für die Gestaltung der Zukunft Wiens erhalten. Die Wiener SozialdemokratInnen sind sich der besonderen Aufgaben, Chancen und der Verantwortung für Wien bewußt. Diesen Auftrag der Bevölkerung wollen die Wiener SozialdemokratInnen nun gemeinsam mit den Menschen der Stadt, zu ihrem Wohl und gemeinsam mit allen positiv gesinnten politischen Kräften in der Stadt erfüllen.

Die Wiener SozialdemokratInnen haben daher auf Grundlage ihres Zukunftsprogramms und unter Berücksichtigung weiterer Vorschläge für die künftige Regierungsarbeit **100 Projekte für die Zukunft Wiens** erarbeitet, die auf möglichst breiter politischer Basis entwickelt wurden und in den kommenden Jahren zum Wohle Wiens und seiner Bevölkerung verwirklicht werden sollen.

Die 100 Projekte sollen

1. GERECHTIGKEIT und FORTSCHRITT
2. MENSCHLICHKEIT und SOLIDARISCHES MITEINANDER sowie
3. SICHERHEIT und FRIEDEN in umfassender Weise,

in einem modernen, sozialen, demokratischen und weltoffenen Wien fördern und verwirklichen. Diese Projekte sind damit ein auch Gegenmodell zu einem neoliberalen und konservativen Gesellschaftsbild. Die SozialdemokratInnen rufen alle Wienerinnen und Wiener auf, mitzutun bei der Entwicklung und der Verwirklichung dieses Zukunftsprogramms für die Stadt. Die Schwerpunkte der 100 Projekte sind:

Modernes Wien:

Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen / Bildung für die Zukunft / Ein Verkehrs-Masterplan für Wien / Auf dem Weg zur Klimamusterstadt

Soziales Wien:

Hilfe für diejenigen, die sie brauchen / Gesundes Wien / Besser wohnen – besser leben / Öffentliche Finanzpolitik – sozial ausgewogen / Sicheres Wien

Demokratisches Wien:

Stadt: Perfekter Service / Die kommunalen Betriebe müssen die besten sein / Neues Planen / Mehr Demokratie / Schutz der Medienfreiheit

Weltoffenes Wien:

Miteinander der Generationen / Miteinander der Geschlechter / Miteinander der Kulturen / Miteinander der Lebensweisen / Lebendige Kulturstadt Wien / Wien, Europa und die Welt

Modernes Wien

Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen

Der Arbeitsmarkt in Wien ist in den letzten Jahren von starken Veränderungen gekennzeichnet. Wien soll ein Zentrum der hochwertigen und menschenwürdigen Arbeit und Wirtschaft sein, der modernen Industrien (wie Elektronik, Mikroelektronik, Biotechnologie, moderne Stadttechnologien), der Qualifizierung und Weiterbildung von ArbeiterInnen und Angestellten und der unmittelbaren Umsetzung von Forschungsergebnissen in industrielle Produktion. Der Zugang von Frauen zu technischen Berufen soll in Wien besonders gefördert werden.

Wien soll den wirtschaftlichen Wettbewerb der Standorte nicht durch Lohn- und Sozialdumping, sondern durch die Qualifikation und Motivation ihrer ArbeitnehmerInnen, Erfindergeist, Innovationsfreude und -fähigkeit, Risikobereitschaft, hohe Produktivität sowie durch Produkte von Spitzenqualität gewinnen.

Dazu braucht Wien das beste Bildungssystem, die qualitativ höchststehende Forschung, neueste und umweltverträglichste Technologien, die höchste Energieproduktivität und die leistungsfähigste Infrastruktur, einschließlich ökologischer Alternativen im Wirtschaftsverkehr.

1 Fremdsprachenausbildung verstärken

- Englisch soll für alle SchülerInnen (auch an Berufsschulen) die zweite Umgangssprache werden.
- Eine zweite Fremdsprache soll ab der 5. Schulstufe verpflichtend werden (mit einem Schwergewicht für osteuropäische Sprachen).
- In den Berufsschulen soll der Fremdsprachenunterricht (mit Angeboten für osteuropäische Sprachen) verstärkt werden.
- Die Volkshochschulen sollen ein Intensivsprachprogramm für Erwachsene starten.

2 Computerausbildung verstärken

Die Stadt will den Kampf gegen den elektronischen Analphabetismus führen. Ganz Wien ans Netz heißt, daß es zu keiner Spaltung der Gesellschaft in Personen mit bzw. ohne Informationszugang kommen soll.

- Alle Bildungseinrichtungen müssen mit Computern und Informationstechnologie ausgestattet werden.
- Erweiterung der Förderungsmöglichkeiten durch den Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds: Wiener ArbeitnehmerInnen, die sich höher qualifizieren wollen oder einen Jobwechsel anstreben, sollen 70 % der Kosten eines zertifizierten Fortbildungskurses im Informations- und Kommunikationstechnologiebereich (max. 50.000 Schilling pro Person und Kurs) erhalten.
- Gründung einer Fachhochschule für IT-Berufe.
- Zukunftsjobs für Mädchen in Wien: Der Zugang für Mädchen und junge Frauen zu traditionell männlich dominierten Berufen und zu den Berufen in den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien soll in der Phase der Berufsorien-

tierung durch eine breite Informations- und Motivationskampagne verbessert werden.

3 Den beruflichen Aufstieg fördern

- Über Aus- und Weiterbildungsangebote soll breiter und rascher informiert werden.
- Bezahlte Bildungsfreistellung soll die Bereitschaft zur Beteiligung an Technofit-Programmen für Beschäftigte in kleinen Betrieben erhöhen.
- Der berufliche Einstieg, Aufstieg und Wiedereinstieg von Frauen soll besonders gefördert werden. Frauen sollen die gleichen Chancen auf Führungspositionen haben wie Männer.
- Barrieren zwischen Unselbständigkeit und Selbständigkeit sollen ebenso abgebaut werden wie zwischen öffentlichem Dienst und privater Wirtschaft, um öffentlich Bediensteten die Weiterbildung in anderen Bereichen der Wirtschaft zu ermöglichen.

4 Forschung und Entwicklung fördern

- Mit dem Wissenschafts- und Technologiepark "Techgate" auf der Donauplatte soll ein Technologiepark des 21. Jahrhunderts errichtet werden, wo vor allem neue Stadttechnologien für ökologisches Bauen, für die Information und Kommunikation, für den Umweltschutz, die Energiegewinnung und für sichere Verkehrssysteme erforscht und entwickelt werden.
- Die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Unternehmen soll verbessert und ForscherInnen soll berufliche Selbständigkeit erleichtert werden.
- Die Stadt soll mit der Bundesregierung eine besondere Förderung Wiens als Wirtschafts- und Forschungszentrums Österreichs vereinbaren.
- Das Areal des Schlachthofes St. Marx soll zu einem herausragenden Wirtschafts-, Technologie- und Forschungsquartier umgebaut werden.
- Es soll ein Entwicklungsplan für Forschung und Entwicklung erarbeitet werden.

5 Den Zugang zu Forschungsergebnissen verbessern

- Technologisches Wissen soll durch Erwachsenenbildungs- und Berufsbildungsorganisationen aktiv zu den Beschäftigten und in die kleinen Betriebe gebracht werden.
- Wiener Forschungspools und Berufsplanungszentren als joint ventures der Forschungsstätten, der Stadt und der Wirtschaftskammer sollen für Klein- und Mittelbetriebe den Zugang zu technologischen und logistischen Neuerungen erschwinglich und frühzeitig einsetzbar machen.
- Aus den Technologieclustern sollen Beratungsteams gebildet werden, die das Wiener Know-how anwenden und mit Unterstützung der EU verwerten.
- Es sollen in Wien Fachhochschulen und vernetzende Wissenschaftsansätze gefördert werden.

6 Ansiedlung und Gründung von neuen Unternehmen unterstützen

Wien ist als Wirtschaftsstandort so attraktiv wie nie zuvor. Rekorde bei Betriebsgründungen und Betriebsansiedlungen im Jahr 2000 beweisen das. Der eingeschlagene Weg ist richtig.

- Wien soll im 21. Jahrhundert als DIE Wirtschaftsmetropole im südöstlichen Zentraleuropa positioniert werden, eine Stadt und Region, die die Chancen der EU-Erweiterung (wie grenzüberschreitende Produktionsnetze und interregionale Arbeitsteilung) wahrnimmt. Wien soll die politische und wirtschaftliche Ost-West-Drehscheibe sein, das mitteleuropäische Zentrum internationaler Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen und Standort für Konzernzentralen.
- Hauptziel der Wirtschaftsförderung soll die Gründertätigkeit sein - durch preiswerte Mieten und Grundstücke, Vereinfachung von Genehmigungen, Abbau bürokratischer Hindernisse, Bereitstellung von Risikokapital und die Schaffung eines motivierenden und fördernden Umfeldes (Cluster-Support). Die Stadt strebt an, daß für die Gründung von Unternehmen alle wichtigen Behördenwege innerhalb von vier Wochen zu erledigen sind.
- "Freie Arbeitsstellen als JungunternehmerInnen": Betriebsübernahmen sollen an einer JungunternehmerInnenbörse angeboten werden.
- Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds soll die Effizienz seiner Betriebsförderungen durch rückzahlbare Förderungsdarlehen statt einmaliger Zuschüsse erhöhen.
- Die Stadt wird die Eigenkapitalbildung der Unternehmen in den ersten Jahren erleichtern.
- Eine gezielte Unterstützung und arbeitsmarktpolitische Betreuung "ethnischen Ökonomien" soll in den Gründerzeitvierteln und Neubaugebieten die Nahversorgung sichern.
- MieterInnenschutz für Jung- und KleinunternehmerInnen: Die Stadt ersucht die Bundesregierung um Änderungen im Mietrecht. Für Jung- und KleinunternehmerInnen soll es in Wien keine befristeten Geschäftsmieten, dafür gedeckelte Mietzinse (Mietzinsobergrenze von 100 Schilling pro Quadratmeter für Geschäftslokale und Büros) und damit Sicherheit für Investitionen geben.
- Die Stadt ersucht die Bundesregierung um eine Gewerberechtsreform, die den Zugang zu freien Berufen in Wien spürbar vereinfacht sowie ausländische StaatsbürgerInnen, die die für die Ausübung eines Gewerbes erforderlichen Voraussetzungen in Österreich erbracht haben (Prüfungen, Befähigungen usw.), automatisch mit inländischen Gewerbetreibenden gleichstellt.
- Die Verbesserung der Einkaufsstraßen-Infrastruktur und die Bildung von Bezirkszentren mit Marktcharakter wird als kommunale Aufgabe gesehen.

7 Die regionale Verkehrsinfrastruktur verbessern

- Wien soll im kommenden Jahrzehnt Knoten der Transeuropäischen Netze (TEN) mit den paneuropäischen Verkehrsnetzen werden. Dazu muß die Schieneninfrastruktur modernisiert werden. Die Wiener Bestandteile der Magistrale für Europa (von Paris nach Budapest) müssen ausgebaut werden: der Lainzer Tunnel, der Bahnhof Wien und der Flughafenanschluß für den Schienenfernverkehr. Genauso die Nord-Süd-Verbindungen und der Güterverkehrsknoten zwischen Donau, Bahn, Straßen und Luftfahrt.
- Die Hauptstädte der Nachbarstaaten müssen im kommenden Jahrzehnt für Wien via Autobahn erreichbar sein und Wien selbst muß (für den Transitverkehr) umfahrbare sein. Daher sind die Nord-Autobahn, der Anschluß Bratislava an die Ostautobahn und die Komplettierung des großräumigen Umfahrungsringes um Wien unter Rücksichtnahme auf die Erfordernisse des Natur- und Umweltschutzes notwendig.

8 Ökologische Alternativen im Wirtschaftsverkehr schaffen

Weil der Wirtschaftsverkehr mit dem Wachstum der Wirtschaft ständig zunimmt, müssen Alternativen entwickelt und umgesetzt werden.

- Die Bundesbahn soll sich auf drei große, mit modernster Logistik ausgestattete Güterbahnhöfe (Inzersdorf-Metzgerwerke, Güterzentrum im Raum Süßenbrunn und Hafen Freudenau) konzentrieren und von dort die Stadtwirtschaft zügig bedienen.
- In der Citylogistik sollen moderne Technologien gebündelte Güterverkehre ermöglichen und die städtischen Fahrten reduzieren.
- "Zulieferbündnis": Die Lieferungen für die Geschäfte von Einkaufsstrassen sollen elektronisch zusammengestellt und gebündelt zugestellt werden.

Wien will die Erfordernisse des Wirtschaftens mit den Bedürfnissen der Menschen in Einklang bringen. In Wien soll eine soziale und ökologisch verträgliche Wirtschaft gefördert werden, die Arbeitsplätze mit Zukunft schafft. Wien soll eine Stadt sein, in der menschliche Arbeit nicht zum reinen Kostenfaktor degradiert wird, in der es eine humane, familienfreundliche Arbeitswelt gibt.

9 Arbeitsplätze sichern

Arbeit ist Lebensinhalt und Existenzgrundlage der Menschen. Die Ziele der Stadt sind:

- Vollbeschäftigung und eine Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, die die Chancen der Menschen auf Arbeit erhöht, die ihren Bedürfnissen entspricht und ihnen Lebensinhalt gibt.
- Neue Arbeitsplätze sollen primär Normalarbeitsplätze und nur auf Wunsch der Beschäftigten Teilzeit- und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sein.
- Wien ist die Stadt, wo alle eine Chance haben. Wer in Wien lebt, soll in Wien arbeiten dürfen. Wien ersucht die Bundesregierung, Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung zu vereinheitlichen, um illegale Beschäftigung zu vermeiden.
- Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit.
- Ein neuer territorialer Beschäftigungspakt soll in Zusammenarbeit der Interessenvertretungen von Stadt, ArbeitnehmerInnen und Wirtschaft entstehen.

Ein Schwerpunkt der Arbeit muss sein, Beruf und Familie besser vereinbar zu machen bzw. die Arbeitswelt familienfreundlicher machen. Denn in einer erwerbszentrierten Gesellschaft sollen Männer und Frauen in Wien ein Recht auf Familie UND Beruf haben; Beruf und Familie sollen zusammenpassen.

10 Kindergärten: Mehr und besseres Angebot

- Kindergärten: Bedarfsorientierung und optimale Qualitätsstandards sind die Ziele. Die Stadt will eine flächendeckende, bedarfsgerechte Kinderbetreuung von der Kinderstube (Krippe) bis zur Mittelschule durch bedarfsorientierte und ganzjährige Öffnungszeiten sowie Qualitätssicherung der Betreuung anbieten. Insbesondere sollen an zentralen Standorten Schwerpunktkindergärten für die Kinder berufstätiger Eltern mit speziellem Bedarf an Betreuungszeiten entstehen. Es sollen zusätzliche Kinderbetreuungsplätze für eine flächendeckende Versorgung in allen Altersgruppen geschaffen werden. Schwerpunkte sollen Integrationsangebote für behinderte Kinder und solche mit besonderem Förderbedarf sein.

- Nulltarif für KleinverdienerInnen: Die Einkommensgrenze (Nettofamilieneinkommen), bis zu der Nulltarif gilt, soll hinaufgesetzt werden.
- Rund um Kindertagesheime sollen in Zukunft mehr haushaltsbezogene Dienstleistungen entstehen, um noch bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen.
- Die Stadt wird auf die Einrichtung von Betriebskindergärten achten, sei es in Einkaufsstraßen, Einkaufszentren oder Betriebsansiedlungsgebieten. Es sollen auch mehrere Betriebe gemeinsam – analog zu den arbeitsmedizinischen Zentren – einen Betriebskindergarten einrichten können.
- ZuwanderInnen sollen verstärkt auf die Möglichkeiten der vorschulischen Kinderbetreuung in Wien aufmerksam gemacht werden, um eine optimale Schulvorbereitung von Kindern nichtdeutscher Muttersprache sicherzustellen.

11 Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für berufstätige Eltern

- Teilzeitarbeit soll für Frauen und Männer mit Kinderbetreuungspflichten bis zum Schuleintritt der Kinder möglich sein. Dazu soll ein Arbeitskräftepool bereitgestellt werden und besonders kleinen und mittleren Unternehmen Ersatzkräfte für die Zeiten reduzierter Arbeit im Fall der Inanspruchnahme von Teilzeitarbeit oder Kinderbetreuungszeiten anbieten. Die Stadt wird Betriebe zur Entwicklung von flexiblen Arbeitszeitmodellen anregen, welche die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Elternteile ermöglichen.
- Im öffentlichen Dienst soll die Stadtverwaltung vermehrt flexible Arbeitszeitmodelle und Teilzeitarbeitsplätze sowie Altersteilzeit (ab dem 55. Lebensjahr) auch für BeamtInnen der Stadt anbieten.

Wien wird die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen bei der Verwirklichung folgender Ziele unterstützen:

12 Gerechte Einkommen für ArbeitnehmerInnen

- gleiche Einkommen von Männern und Frauen,
- Senkung der Lohnsteuer,
- ein monatliches Mindesteinkommen je ArbeitnehmerIn von 1.000 Euro.

13 Gleiche Rechte für alle ArbeitnehmerInnen

- völlige Gleichstellung der ArbeiterInnen und Angestellten im Arbeits- und Sozialrecht,
- Maßnahmen zur betrieblichen Gleichstellung von Frauen und Männern,
- passives Wahlrecht zum Betriebsrat für alle in- und ausländischen Beschäftigten.

14 ArbeitnehmerInnenschutz verbessern

- Kampf gegen die organisierte Schwarzarbeit und gegen SchwarzarbeitgeberInnen.
- Arbeit darf nicht krank machen, weder körperlich, noch seelisch. Die Stadt wird, gemeinsam mit engagierten Betrieben, Initiativen für eine gesundheitsorientierte Unternehmenskultur sowie gegen Mobbing, Streß, sexuelle Belästigung und andere Belastungsfaktoren setzen.

Bildung für die Zukunft

15 Zugang zur Bildung muss frei bleiben

- Wien fördert die optimale Ausschöpfung aller Begabungen der Menschen in einem frei zugänglichen Bildungssystem und lehnt jegliche Zugangsbarrieren ab. Chancengerechtigkeit unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft oder Einkommen, wird der Grundsatz bleiben. Die Stadt wird für die Abschaffung der Universitäts-Studiengebühren ebenso kämpfen wie für die Rücknahme der Sparpläne der Bundesregierung beim Bildungssystem. Nur so kann Wien auch weiterhin die hohe Qualität beim Bildungssystem erhalten. Wien soll allen Kindern und Jugendlichen Nachmittagsbetreuung, Sport- und Projektwochen, Sprachreisen, neue Lernformen sowie Begleit- und IntegrationslehrerInnen anbieten können.

16 Modernisierung der Bildung

Neben der Verstärkung der Computer- und Fremdsprachenausbildung sind folgende weitere Maßnahmen vorgesehen:

- Modell kooperative Mittelschule: Im Mittelpunkt der pädagogischen Aktivitäten von Hauptschul- und AHS-LehrerInnen steht die Förderung der sozialen und individuellen Entwicklung jedes Kindes. Das Ziel ist eine breite Grundbildung als Fundament der anschließenden Ausbildung. Dieses Modell bietet die Möglichkeit, dass die Hauptschule auch in Zukunft als moderne Mittelstufenform weiterentwickelt wird.
- Für PflichtschullehrerInnen soll Aus- und Weiterbildung in geschlechtssensibler Pädagogik, Suchtmittelprävention und Prävention gegen sexuelle Gewalt verpflichtend werden. Geschlechtssensible Pädagogik soll auch durch entsprechende Projekte in den Schulen gefördert werden.
- Der Jugend soll eine Vielfalt von Mitbestimmungsmöglichkeiten angeboten werden, um Demokratie von Grund auf erlernen zu können. "Probewahlen" sollen an allen Schulen (also auch an Berufsschulen) ab der 9. Schulstufe durchgeführt werden. Mitbestimmung und die dazu nötige Informationskompetenz muß in der Schule gelernt bzw. erworben werden. Politische Bildung soll ab der 5. Schulstufe Pflichtfach werden. Es soll die Direktwahl der LandesschülerInnenvertretung geben, SchülerInnen-Projekte zur Schulgestaltung (Baumaßnahmen, Einrichtungen), einen Schulversuch "Beteiligungsschule", Jugendbeteiligungsverfahren im Bezirk sowie die Möglichkeit, Volksbegehren zu starten und an Volksbefragungen teilzunehmen.
- Die Stadt initiiert Schulprojekte "Meine Familie 1933 bis 1945", "Unsere Großeltern 1945 bis 1975", die zur Auseinandersetzung mit der Geschichte innerhalb der Familien, mit Politik und Antisemitismus, aber auch mit den Lebensverhältnissen in früheren Zeiten veranlassen.

17 Recht und Chance auf einen Ausbildungsplatz

- In Wien sollen junge Menschen das Recht auf einen Ausbildungsplatz haben. Die Stadt will, daß Ausbildungsverbünde von mehreren Ausbildungsbetrieben und überbetriebliche Ausbildungseinrichtungen gefördert werden.
- Ein Auffangnetz für junge Leute (Berufsbildungsfonds, Lehrgänge, Lehrlingsstiftungen), das auf die Lehrzeit angerechnet werden kann, soll für jene geschaffen werden, die nicht sofort einen Lehrplatz bekommen.

- Die Berufsschulen sollen weiterentwickelt werden (verstärkter Fremdsprachenunterricht, Nachholen von Bildungsabschlüssen, höhere Allgemeinbildung, Vorbereitung auf die Berufsreifeprüfung).
- Als weitere bildungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahme fordert Wien die Möglichkeit des kostenlosen Nachholens eines Hauptschulabschlusses.

18 Die Stadt will die beste Ausbildung für StudentInnen

- Die Stadt will den Zugang sozial schwacher StudentInnen zu Bildung (etwa durch kostenloses Benutzen öffentlicher Verkehrsmittel, mitfinanziert aus dem Familienlastenausgleichsfonds) ebenso unterstützen wie Stipendien für Studien an den Top-Universitäten der Welt. Wien wird die Ausbildungsvielfalt ausbauen.
- Die Universitäten sollen mit anderen städtischen Bildungseinrichtungen ein Wiener Bildungsnetz ohne soziale Schranken bilden.
- Die Wiener Stadt- und Landesbibliothek soll für die berufstätigen StudentInnen einmal wöchentlich bis 24 Uhr geöffnet sein.
- Zur Sicherstellung des Zugangs von Frauen zu den Informations- und Kommunikationstechnologie-Berufen wird ein Kooperationsprojekt der Stadt mit der Technischen Universität zur Ausbildung von Informatikerinnen durchgeführt.

Ein Verkehrs-Masterplan für Wien

Die Stadt möchte ihren BürgerInnen ein Höchstmaß an Mobilität sowie Freiheit bei der Wahl des Verkehrsmittels bieten. Das wird möglich sein, wenn der Besitz eines Autos nicht mehr das Maß aller Dinge ist, sondern das passende und auch ökologisch verträgliche Fahrzeug – was immer es ist - dann zu haben, wenn man es wirklich braucht.

Das Prinzip, das Wien verfolgt, heißt: Wien wird zur Stadt der kurzen Wege. Überall wo Stadt und BürgerInnen selbst aktiv sein können, soll die Verkürzung der Wege für Menschen, Güter und Leistungen angestrebt werden, damit unnötiger Verkehr vermieden wird und notwendiger Verkehr möglich bleibt. Und das Fortbewegen soll schneller und sicherer möglich sein.

In einem Verkehrs-Masterplan sollen die Leitlinien und Ziele der Verkehrspolitik für die Stadt (einschließlich des Umlandes) für die kommenden Jahre erarbeitet und festgelegt werden. Die Prinzipien sollen sein:

1. Die WienerInnen sollen SCHNELLER und noch umweltfreundlicher unterwegs sein können (durch den weiteren Ausbau von U1, U2, U3 und U6, S80 und S45, den Bau von Schnellstraßenbahnen und Schnellbussen in den äußeren Bezirken, aber auch den weiteren Ausbau des Wasserweges und des Radwegenetzes).
2. Die WienerInnen sollen SICHERER unterwegs sein können (durch Verkehrsberuhigung, Tempo 30 in Wohngebieten, beleuchtete FußgeherInnen-Unterführungen, sichere FußgeherInnen-Übergänge, Mindestgehsteigbreiten usw.)
3. Es soll in Wien KEINEN VERKEHR GEBEN, DER NICHT NOTWENDIG ist (das erfordert den Ausbau des regionalen öffentlichen Personennahverkehrs, den Bau von Park&Ride-Anlagen auch im Wiener Umland, den Bau von Umfahrungsstraßen im Süden und Norden, ausreichend Parkraum durch den Bau

von 50.000 zusätzlichen Parkplätzen, den Einsatz intelligenter Verkehrssysteme sowie Parkraumbewirtschaftung und Verkehrsberuhigung.)

4. Und es soll in Wien DEN VERKEHR GEBEN, DER NOTWENDIG ist (etwa durch die Verbindung von West- und Südbahn durch den Lainzer Tunnel, drei Güterterminals der Bahn, den Anschluß des Flughafens an das Fernverkehrsnetz oder den Bau eines Bahnhofes Wien).

Das erfordert:

19 Ausbau von U-Bahn, S-Bahn, Schnellstraßenbahnen

- Ausbau der U-Bahnen U 1, U 2, U 3 und U 6 : Der weitere Ausbauplan für die nächsten acht Jahre soll so aussehen: U1-Verlängerung Richtung Nord, U2-Verlängerung Richtung Donaustadt. Rechtzeitig wird mit der Planung der U1-Verlängerung in den Süden und der U6-Verlängerung in den Norden begonnen. Studien sollen auch Klarheit für eine U3-Verlängerung Richtung Kaiser-Ebersdorf bringen. Beim Ausbau der U-Bahn wird auf die Sicherheitsbedürfnisse von Frauen eingegangen. Als wichtigste Netzergänzungen werden zwei Schnellstraßenbahnen, eine im Liesingtal von der Schnellbahnstation Liesing zum Kurbad Oberlaa und eine Schnellverbindung Floridsdorf - U1 - U2 – Essling geplant.

20 Mehr Fahrkomfort für Straßenbahn und Bus

- Die Straßenbahnen sollen noch kundInnenfreundlicher werden, was Zugfolge, Geschwindigkeit und Komfort betrifft. Alle öffentlichen Verkehrsmittel sollen barrierefrei und behindertengerecht benutzbar sein. Der Fahrkomfort der Straßenbahnen und Busse soll durch den verstärkten Einsatz des Niederflurwagens weiter verbessert werden. Die Taktfrequenz und Betriebszeit der Busse in den Stadt- randgebieten soll erhöht werden. An allen Stationen soll den Fahrgästen angezeigt werden, wann die nächste U-Bahn, Straßenbahn oder der nächste Bus kommt. In möglichst vielen Haltestellen soll es zudem info-screens geben. Den BürgerInnen soll eine Mobilitätsberatung angeboten werden (mit Informationen über den öffentlichen Verkehr und individuelle Fahrpläne ebenso wie car-sharing).
- Mehr Nachtbusse für die WienerInnen. Der Einsatz von Nachtautobussen hat sich bewährt und soll fortgeführt, ein Betrieb rund um die Uhr für bestimmte Linien geprüft werden.

21 Tarifreform, Freifahrt für Studierende auf den Wiener Linien

- Mehr FREItage auf den Wiener Linien: Für in Wien hauptgemeldete StudentInnen soll das Fahren in öffentlichen Verkehrsmitteln (finanziert je zur Hälfte durch die Stadt bzw. den Familienlastenausgleichsfonds FLAF) kostenlos werden. Die Stadt wird als ersten Schritt dazu den Preis für das Semesterticket halbieren. Für StudentInnen, die vor dem 15. Mai 2001 ihren Hauptwohnsitz in Wien haben, wird das Semesterticket ab dem Wintersemester 2001/2002 kostenlos sein.
- Für Menschen mit geringem Einkommen und aus besonderen Anlässen soll es ebenfalls mehr Freifahrt geben.

22 Ausbau des regionalen öffentlichen Personennahverkehrs

(Bahn, S-Bahn sowie von Park&Ride-Anlagen im Wiener Umland), um PendlerInnen attraktive Möglichkeiten zur Benützung öffentlicher Verkehrsmittel zu geben.

- Ausbau des regionalen Nahverkehrs: Der Bund soll mit dem Ausbau der S 80 und der Verlängerung der S 45 bis zur Stadlauer Brücke das hochrangige Netz komplettieren.
- Auch der Bahnhof Wien als Nahverkehrsknoten soll Realität und zu bauen begonnen werden. Dann wäre Wien gerüstet für die täglichen Pendlerströme, aber auch Großveranstaltungen aller Art.
- Gemeinsam mit Niederösterreich und den Umlandgemeinden will Wien ein Konzept realisieren, wo Schnellbusse von Park&Ride-Zentren in kurzen Intervallen zu den U-Bahn- bzw. Schnelltramway-Endstellen geführt werden.

23 Einsatz intelligenter Verkehrssysteme (Telematik-Modelle, Car-sharing, verbesserte City-Logistik, Park&Ride, Car&Bike usw.)

- Mehr car-sharing-Plätze: Für diejenigen, die auf das eigene Auto zumindest teilweise verzichten, sollen in Wien 50 zusätzliche car-sharing-Abholplätze gefördert werden.
- Radfahren ohne Ende: Das übergeordnete Radwegenetz soll in den nächsten Jahren fertiggestellt werden. Das Radwegenetz soll eine Länge von 1.000 Kilometern erreichen. Sicheres Radfahren gegen die Einbahn soll überall erlaubt werden, wo die Fahrbahn über fünf Meter breit ist. Die Aktion "Kinderfreundliche Radwege" soll im Umfeld von Schulen Routen und Abstellmöglichkeiten für radfahrende Kinder und Jugendliche verbessern und die Verkehrssicherheit erhöhen. Die Stadt prüft die Einführung und Förderung eines Verleihsystems für Fahrräder, wobei private Betreibung anzustreben ist.
- "Mobilitätscard": In den verkehrsarmen Zeiten soll eine "Mobilitätscard" (eine Netzkarte mit Zusatzfunktion) die Taxibenützung von und zur nächstgelegenen Haltestelle eines öffentlichen Verkehrsmittels einschließen. Insbesondere sollen auch Projekte wie Sammeltaxis und Lady-Taxis weiterentwickelt werden.

24 Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum

- Alle Wartehäuschen, Stationen und Zugänge zu öffentlichen Verkehrsmitteln sollen beleuchtet sein, damit sich alle BenutzerInnen sicher fühlen. An Verkehrsknotenpunkten soll durch die Schaffung von "gläsernen Wachstuben" die objektive und subjektive Sicherheit erhöht werden.
- Sichere und freundliche FußgeherInnen-Übergänge: An jeder Kreuzung, wo es notwendig ist, sollen vier Zebrastreifen das Überqueren ohne Umwege ermöglichen.
- In Wien als Stadt der FußgeherInnen soll auch im Fall einer Schrägparkordnung eine Gehsteigbreite von 1,5 Meter (Mindestgehsteig) beibehalten und auch der Konflikt FußgeherInnen/RadfahrerInnen im Sinne des Schwächeren und Langsameren gelöst werden. Ein besonderer Schwerpunkt sind dabei die älteren VerkehrsteilnehmerInnen.
- FußgeherInnen-Unterführungen werden nur mehr in Ausnahmefällen errichtet, bestehende saniert: Es soll bald nur mehr helle, bunte und sichere FußgeherInnen-Unterführungen geben. Das Durchqueren soll durch Beleuchtungsprogramme sicherer und mit Hilfe eines "Rollbänder-Programms" rascher möglich werden.

25 Maßnahmen zur Verbesserung der Alltagstauglichkeit des öffentlichen Raums

- Die Stadt wird ein Programm der 50 Plätze und der 50 Straßenzüge zur Rückgewinnung der knappen Freiflächen im Straßenraum für vielfältige Nutzungen erarbeiten.
- In Wien sollen neue Zentren entstehen. Wo der öffentliche Verkehr stark und gut ausgebaut ist, wo Umsteigstellen sind, wo Park&Ride-Anlagen angeboten werden, an den Bahnhöfen und U-Bahnknoten, soll moderne Architektur gebaut werden mit innerstädtischer Dichte - wie in Wien-Mitte oder am Westbahnhof oder am Messegelände. ArchitektInnenwettbewerbe sollen die Diskussion beleben, die Projekte sollen mit der Bevölkerung abgestimmt werden.
- Einkaufszentrenwidmungen ohne Erschließung mit einem öffentlichen Verkehrsmittel soll es nicht mehr geben.
- Fraugerechte Stadtplanung: Ähnlich der Umweltverträglichkeitsprüfung werden bei Stadtplanungsprojekten auch frauenspezifische Aspekte überprüft und berücksichtigt, um einer verstärkten Alltagstauglichkeit Rechnung zu tragen.

26 Schaffung von Parkraum

- Wien soll in den nächsten fünf Jahren rund 50.000 zusätzliche Parkplätze in neuen Wohnbauten, AnrainerInnengaragen, Park&Ride-Anlagen usw. schaffen.
- Jedem Haushalt sein Parkplatz: Die Zahl der Pkw steigt in Wien derzeit um 11.000 jährlich. Um Verkehr durch Parkplatzsuche zu vermeiden, soll ausreichend Parkraum geschaffen werden. Der Garagenbau soll auf AnrainerInnengaragen umgepolt werden. In allen Wohnvierteln soll der Grundsatz gelten, für jede Wohnung einen Parkplatz. Die Parkplätze in AnrainerInnengaragen, die privaten Stellplätze und die Straßenparkplätze sollen zumindest die gleiche Zahl ergeben, wie das Viertel Wohnungen hat.
- Auch für TouristInnenbusse sollen Garagen geschaffen werden.

27 Parkraumbewirtschaftung und Verkehrsberuhigung und eingeschränkte Zufahrtsmöglichkeiten zu Wohngebieten im Interesse der AnrainerInnen, insbesondere durch

- Tempo 30 in allen Wohngebieten: Zur Verkehrsberuhigung und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit strebt die Stadt Tempo 30 in Wohngebieten und seine konsequente Überwachung und Durchsetzung an.
- Flugverkehr über dem Stadtgebiet einschränken: Die Stadt unterstützt den Ausbau des Flughafens als internationalen Verkehrsknotenpunkt. Der Flugverkehr über dem Stadtgebiet soll aber weitgehend eingeschränkt und die Lärmbelastung deutlich verringert werden.

28 Bau von Umfahrungsstraßen, damit der stark steigende Ost-West-Transitverkehr nicht durch Wien fährt.

- Südost-Umfahrung, Nordost-Umfahrung und 6. Donauquerung: Die Bundesregierung muß Wien bei der Lösung von Verkehrsproblemen helfen: Wien will den Durchzugsverkehr auf eine Umfahrungsstraße im Südosten (B 301) ableiten können. Wien will ebenso eine Nordostumfahrung. Eine 6. Donauquerung zur Verbindung von Nord- und Ostautobahn ist ebenso notwendig. Die Frage der Trasse ist dabei zu klären, wie auch die entscheidende Frage, ob der Nationalpark mit seinem Grundwasserhorizont so betroffen bzw. nachhaltig geschädigt würde,

dass eine ökologische Vertretbarkeit nicht mehr gegeben wäre. Die Entscheidung über die Notwendigkeit und die Trassierung soll im Anschluss an die strategische Umweltprüfung für den Nordosten Wiens durch eine Wiener Planungszelle mit den BürgerInnen, der Wirtschaft und den UmweltexpertInnen herbeigeführt werden.

Auf dem Weg zur Klimamusterstadt

Wien ist nach allen traditionellen Kriterien wie Wasserver- und -entsorgung, Abfallwirtschaft, Luftreinhaltung, Naherholungsgebiete und Grünbilanz eine "Umweltmusterstadt". Nun gilt es, um einen lokalen Beitrag zur globalen Klimaveränderung zu leisten, den Quantensprung zur "Klimamusterstadt" zu schaffen. Die größte Herausforderung ist es, das Klimaschutzprogramm (KLIP) für Wien kontinuierlich umzusetzen.

29 Mehr Bio für Wien - Wien soll die Stadt der biologischen Agrarwirtschaft werden

- und der ökologisch gepflegten Gärten und Parks sein. Es sollen alle Landwirtschaftsbetriebe im Stadtgebiet zur Umstellung auf biologische Agrarwirtschaft angeregt werden. Dazu wird Wien das "Ökoplexx" einrichten, ein Vermarktungszentrum für ökologische Produkte und Dienstleistungen.
- Die Unterstützung der Stadt liegt u.a. bei der Produktabnahme für den städtischen Bedarf (Spitäler, Kindertagesheime usw.). Die Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen und Organismen soll auf allen Flächen der Stadt entsprechend den gesetzlichen Regelungen konsequent untersagt sein.
- Gesundheitsrisiken für die WienerInnen durch eine primär ertragsorientierte Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung müssen ausgeschlossen werden. Auch in öffentlichen Parkanlagen soll der Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel auf das unbedingt notwendige Maß reduziert werden.

30 Das atomkraftwerksfreie Europa muß Wirklichkeit werden

- und Wien vor der permanenten Bedrohung schadhafter Atomkraftwerke schützen. Alle grenznahen Atomkraftwerke sollen abgeschaltet und für andere Energieträger umgerüstet werden. Ein/e AKW-Beauftragte/r der Landesregierung soll die Politik der Stadt vorantreiben. Die Erfahrungen Wiens mit der besseren Energieverwertung und mit Alternativenergien sollen zu einer offeneren Haltung beitragen. Bis dahin soll ein effektiveres Frühwarnnetz des Bundes bestehen.

31 Wien als Klimamusterstadt - Forcierung der Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauches

- Die Stadt Wien setzt kontinuierlich ihr umfassendes Maßnahmenpaket für Klimaschutz um. Mit dem Klimaschutzprogramm hat die Stadt Wien ihre Klimaschutzpolitik bis zum Jahr 2010, dem Kyoto-Zieljahr, festgelegt.
- Oberste Priorität hat weiterhin die Steigerung der Energieeffizienz sowie die Nutzung erneuerbarer Energieträger. Die Wohnbauförderung fördert verstärkt Neubauprojekte mit geringem Gesamtenergieverbrauch. Durch gezielte Förderungen sollen auch ältere Wohnbauten verstärkt in Richtung Niedrigenergiehaus-Standard saniert werden.

- Die Ökostromoffensive der Stadt Wien wird auch den verstärkten Einsatz von Biomasse und Alternativenergie beinhalten.
- Die Stadt wird einen Wettbewerb für einen 'Passivhaus-Komplex' durchführen. Im Vorfeld sollen vorhandene Projekte und Studien ausgewertet werden.
- Ziel der Maßnahmen im Bereich der Mobilität ist, dass verkehrsbedingte CO₂-Emissionen im Jahr 2010 nur um 5 Prozent über dem Wert von 1987 liegen sollen.

32 Die Brücke in das Solarzeitalter bauen

- Saubere Energie für eine grüne Stadt: Erneuerbare Energien sollen die Eckpfeiler der Energieversorgung der Zukunft werden. Die Stadt will die Brücke in das Solarzeitalter bauen und die industrielle Massenfertigung moderner Solartechnologien fördern. In Wien soll neben der Gebäudeisolierung und der Fernwärme künftig Solarenergienutzung der große Renner bei Betrieben und Wohnhäusern werden.

33 Einsatz von Windgeneratoren

- Wien strebt den ökonomisch sinnvollen Einsatz von Windgeneratoren im Stromversorgungsgebiet von "wienstrom" an.

34 Wasserversorgung unter Verfassungsschutz stellen

- Wasser ist unsere Lebensgrundlage und keine übliche Handelsware.
- Im Mittelpunkt steht daher der Schutz der Wiener Wasserressourcen. Mit einer Wiener Wasser-Charta soll zum Ausdruck gebracht werden, dass die Sicherung der Versorgung mit einwandfreiem Trink- und Brauchwasser eine Aufgabe ist, die nachhaltig, also auch zum Schutz künftiger Generationen betrieben wird.
- Wo immer möglich und wirtschaftlich, soll in der Kommunalverwaltung Brauchwasser anstelle von Hochquellwasser genutzt werden (z.B. zur Bewässerung in Parks, Alleen, Friedhöfen). Anreize zum Wassersparen sollen durch die Tarifgestaltung gegeben werden.
- Ziel ist es, das Wiener Wasser unter den Schutz der Verfassung zu stellen, um es vor privatwirtschaftlichem Verwertungsinteresse und damit verbundenen ökologischen Risiken zu schützen. Wien will die Wasserversorgung per Verfassung vor einem Ausverkauf und vor privatwirtschaftlichem Verwertungsinteresse schützen. Eine Privatisierung des Wassers könnte zu einer Verknappung, Verteuerung und Verschlechterung führen.
- Wien wird den Austausch der letzten noch verbliebenen Blei-Zuleitungen durch umweltverträgliche Materialien (z.B. PE) forcieren.
- Wien wird eine Online-Qualitätsüberwachung des Trinkwassers von der Quelle bis zu den KonsumentInnen einrichten.
- Flüsse und Bäche werden in Wien renaturiert werden. Schwerpunkt ist der naturnahe Rückbau des Liesingbaches und des Wienflusses. Damit wird die Artenvielfalt und der Fischreichtum der Wiener Fließgewässer deutlich verbessert.

35 Beste Umwelttechnologien für Wien zur Abfallwirtschaft - verstärkte Maßnahmen zur Abfallvermeidung

- Die Entsorgungssicherheit hat auch in Zukunft höchste Priorität für Wien.

- Die Strategische Umweltprüfung – Wiener Abfallwirtschaftsplan – wird die Entscheidungsgrundlage für die künftige Gestaltung der Abfallwirtschaft sein. Sie wird Grundlage für die Beratungen und Beschlüsse in der Stadtregierung sein.
- Oberste Priorität ist die Abwicklung der Abfallwirtschaft Wiens auf höchstem Stand der Technik, d.h. die besten und umweltfreundlichsten Technologien müssen zum Einsatz kommen. Dies gilt auch für die Wiener Deponien, die schon heute sämtliche Anforderungen der Deponieverordnungen erfüllen und auch künftig erfüllen werden.
- Wien kämpft auch weiterhin für weniger Mist und saubere Straßen mit großen Informationskampagnen zur Motivierung der Wiener Bevölkerung.
- Wien will die Abfallmengen reduzieren und Recycling weiter fördern, etwa durch Maßnahmen im kommunalen Beschaffungswesen, durch Recycling von Baustoffen, aber auch Elektronikschrott.
- Stofftrennungen und Wiederverwertung sollen besonders bei unbelasteten Baustellenabfällen auf Bundesebene gesetzlich vorgeschrieben werden.
- Die Stadtverwaltung wird sich in ihrem Beschaffungswesen den Kriterien der Nachhaltigkeit anpassen.
- Die "freie Selbstverpflichtung der Wirtschaft" reicht zur Verringerung von Verpackungsmüll offensichtlich nicht aus. Wien fordert von der Bundesregierung eine entsprechende, wirkungsvolle Verpackungszielverordnung und eine zeitgemäße, den Wiener Verhältnissen angepasste novellierte Verpackungsverordnung sowie ein Pfandsystem für Einweggebinde für ganz Österreich.

36 Wien als Naherholungsgebiet - Erhaltung und Erweiterung von Grünraum

- Die kontinuierliche Weiterarbeit im Bereich des Naturschutzes zum Schutz der ausgedehnten Grünanlagen und Wälder ist ein vorrangiges Ziel.
- Wien wird verstärkt Informationen zum Nationalparkgedanken im Nationalpark Donauauen sicherstellen.
- Die Stadt Wien will den städtischen Grünraum erhalten. Im Rahmen des 1.000-Hektar-Programmes werden zusätzliche Grünflächen zur Schließung des Grüngürtels beitragen.
- Parkanlagen und Grünflächen werden zeitgemäß und naturnah in Abstimmung mit den Bezirken gestaltet.
- Wien fördert die alte Kulturlandschaft der Weinbaugebiete durch Neu- und Wiederbepflanzung. Pflanzkampagnen für alte heimische Obst- und Laubbäume werden Wien beleben.
- Bestehende Grünräume sollen gemeinsam mit den Bezirken aufgewertet und abgesichert werden.
- Für – durch Baumaßnahmen - verlorengelene Grünbereiche soll neuer Grünraum geschaffen werden. Baumaßnahmen sollen möglichst umweltverträglich unter bestmöglicher Schonung von Grünbereichen durchgeführt werden.
- Grünflächen sollen zu Lebewiesen werden und als Spielwiesen, Lernwiesen, Lesewiesen, Krabbelwiesen intensiver genutzt als bisher. Magerwiesen werden geschaffen.
- Die Schaffung neuer Grünflächen soll durch die Zusammenlegung und Begrünung von Innenhöfen weiterhin gefördert werden. Es soll – in Abstimmung mit den Bezirken - mehr Grün in grauen Gassen und einen Park für jedes Grätzl geben.

37 Handymasten: Rücksicht auf Stadtbild und Feldstärke

- Sendeanlagen für Mobiltelefone werden nur dann entsprechend den gesetzlichen Vorschriften genehmigt, wenn die Standorte im Hinblick auf das Stadtbild und eine möglichst geringe Feldstärke optimiert werden, und so weit dies zu Gewährleistung eines funktionierenden Mobiltelefonnetzes einer zukunftsorientierten Großstadt erforderlich ist.

38 Umweltbildung und Konfliktlösung

- Wien sieht in Bewusstseinsbildung, Information und Aufklärung der Bevölkerung und hier im besonderen der Kinder die beste Investition in den Umweltschutz der Zukunft. Schon heute gibt es eine enorme Vielzahl an Informationskampagnen, Schulungsoffensiven und Einrichtungen. Wien will Lust auf Lernen machen.
- Wien bündelt die Kampagnen und verstärkt eine zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit, maßgeschneidert auf die hervorragende Wiener Umweltsituation.
- Der Unterricht in Parkanlagen und im Wald zum Kennen lernen von Bäumen und Pflanzen soll verstärkt durchgeführt werden.
- Um in ökologisch relevanten Konflikten zu vermitteln, sollen Personengruppen aufgebaut werden, die im Mediationsverfahren unterschiedliche Auffassungen zusammenführen.

39 Ökologische Steuerreform

- Die Stadt Wien verlangt vom Bund eine ökologische Erneuerung des österreichischen Steuer- und Abgabenrechts. Nachhaltige, ökologisch orientierte Stadtpolitik braucht eine ökologische Steuerreform in Österreich und ganz Europa. Die Besteuerung des Umweltverbrauchs (Luft, Boden, Wasser) soll untersucht werden.

Soziales Wien

Hilfe für diejenigen, die sie brauchen

Für Menschen ohne Arbeit, für Einkommenslose, für Kranke und Invalide wird das Netz der sozialen Sicherheit in Österreich dünner. Dem Sozialabbau der Bundesregierung setzt Wien das Konzept einer sozialen Stadt entgegen, was in vielen Bereichen dieses Programms zum Ausdruck kommt. Wien soll auch im 21. Jahrhundert die Musterstadt der sozialen Sicherheit sein. Das soziale Wien des 21. Jahrhunderts soll leicht zugänglich, klar überschaubar, gerecht und zielgenau bei Hilfe und Leistungen sein. Es soll Hilfe für alle geben, die sie brauchen.

40 Wien soll Musterstadt der sozialen Sicherheit bleiben

- Die Stadt strebt eine Reform der Sozialämter an mit dem Ziel noch stärkerer KundInnen- und Bedarfsorientierung durch Schulung, Information, Motivation und Vernetzung mit anderen sozialen Hilfseinrichtungen, um rasche Hilfe denjenigen zu leisten, die sie brauchen.
- Mehr Unterstützung für AlleinerzieherInnen: Wien verlangt von der Bundesregierung, daß Benachteiligungen bei der Familienförderung für AlleinerzieherInnen beseitigt werden. Die Stadt wird ihrerseits die Sozialhilfen für AlleinerzieherInnen erhöhen.
- Die Stadt verlangt von der Bundesregierung, daß die Mindesthöhe und Bezugsdauer von Arbeitslosengeld erhöht und die Bildungskarenz wieder eingeführt werden.

Gesundes Wien

Gesundheitspolitik ist ein wichtiges Instrument einer sozial verantwortungsvollen, gerechten und humanen Politik. Wenn Menschen krank sind, darf Geld keine entscheidende Rolle für die Wahl einer Behandlung spielen. Wien steht für eine solidarische Medizin, wo die bestmögliche Sicherung der Gesundheit nicht Privatsache ist, sondern von der Gesellschaft geleistet wird. Wien tritt ein für die Rechte Kranker und Behinderter und ist gegen jede Diskriminierung in der Arbeitswelt und in der privaten Lebensumwelt.

41 Gesundheit darf nicht vom Geld abhängig werden

- Wien will einen freien, gleichen und gerechten Zugang zu allen Leistungen des Gesundheitssystems garantieren und lehnt eine Zweiklassenmedizin ab. Wien tritt gegen eine Grundversorgung im Sinne einer "Armenversicherung" ein, gegen das systematische finanzielle Aushungern der Krankenkassen durch die Bundesregierung und gegen Selbstbehalte im Gesundheitssystem. Billiger sind soziale Leistungen nur durch weniger und vor allem schlechter bezahlte LeistungserbringerInnen sowie durch massive Zuzahlung der Betroffenen.
- Der Zugang zur Rehabilitation soll für alle Menschen gleich sein, gleichgültig welche Ursache die zur Rehabilitation führende Erkrankung bzw. Behinderung gehabt hat, und auch unabhängig von Geschlecht, Alter und Erwerbstätigkeit.

42 Gesundheits- und Sozialpolitik sind in Wien nicht trennbar.

Die Gesundheit ist vielfach durch soziale Faktoren beeinflusst. Geringeres Einkommen, schlechtere Bildung, nachteilige Wohnverhältnisse und Diskriminierung tragen zu schlechterer Gesundheit bei. Wien will daher nicht nur die Gesundheitsversorgung weiter verbessern, sondern auch die Ursachen schlechterer Gesundheit durch soziale Maßnahmen bekämpfen. Wien will sich in den nächsten Jahren auch besonders für eine angst- und repressionsfreie Erziehung einsetzen.

- PatientInnen sind Co-ProduzentInnen ihrer Gesundheit, daher müssen ihre Mitsprache gefördert, ihre Rechte gestärkt und ihre umfassende Information gesichert werden. Auch Selbsthilfegruppen müssen mehr Bedeutung bekommen.
- Die Wiener Gesundheitsförderungs- und Präventionsprogramme, vor allem das Frauengesundheitsprogramm, aber auch Maßnahmen für Kinder, Männer und ältere Menschen werden ausgebaut. Schwerpunkte des Frauengesundheitsprogramms sollen sein Ess-Störungen, Brustkrebsvorsorge, Gewaltschutz, ein Traumazentrum für von sexueller Gewalt betroffene Frauen, Frauenkarrieren in der Medizin und verstärkte Frauenorientierung in der Psychiatrie. Der Schwerpunkt der Vorsorgeprogramme ist der weitere Ausbau der Aktion "Ein Herz für Wien", die Mitwirkung in der Krebsprävention, die Unterstützung von Maßnahmen zu gesünderer Ernährung, mehr Bewegung und weniger Gebrauch von Tabak, Alkohol und anderen gesundheitsschädlichen Substanzen.
- Gegen Mobbing und andere Formen der Diskriminierung am Arbeitsplatz, die katastrophale Auswirkungen auf die Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung haben können, wird Wien Initiativen setzen. Die Stadt Wien will beispielgebend für Arbeitsmedizin und ArbeitnehmerInnenschutz sein und auch im eigenen Bereich entsprechende Maßnahmen setzen sowie die betriebliche Gesundheitsförderung ausbauen.
- Ebenso wird stärker auf die gesundheitlichen Aspekte im Jugendschutz geachtet werden.
- Einrichtungen wie das Babynest werden mehr bekannt gemacht, gesetzlich eindeutige Regelungen für den Wunsch nach "anonymer Geburt" sollen auf Landesebene geschaffen werden, wobei auch bundesgesetzliche Maßnahmen eingefordert werden.
- Wien will Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung in allen Bereichen des Gesundheitswesens. Die medizinische Qualitätssicherung in den Spitälern und Pflegeeinrichtungen ist auszubauen, aber auch bei niedergelassenen ÄrztInnen und in anderen Gesundheitsberufen sind Strukturen für Qualitätssicherung einzurichten.

43 Gesundheitspolitik nach den Bedürfnissen der Menschen

Umfassende Vorsorge in der Lebensführung, soziale Netze, Gesundheitsberufe in den Spitälern und Pflegeheimen sowie Wohngemeinschaften stellen in Wien die bestmögliche Betreuung und Versorgung aller Menschen sicher. Alle Generationen werden in ihren unterschiedlichen Lebensformen und Bedürfnissen anerkannt und gewürdigt. Von der Familiengeburt im Spital bis zum von der Familie begleiteten Sterben richtet sich die Wiener Gesundheitspolitik nach den Bedürfnissen der Menschen.

- Die Gesundheit der Kinder soll vor allem durch eine noch stärkere Gesundheitsorientierung der Kindergärten und Schulen (Programm "Gesunde Schule") und durch selektive Vorsorgeprogramme weiter verbessert werden. Aber auch in der

Krankenversorgung und in der Jugendneuropsychiatrie wird allen Hilfe angeboten, die sie brauchen.

- Mehr Mutter-Kind-Zimmer in den Spitälern und Möglichkeiten für Familienangehörige, bei Geburten sowie sterbenden Angehörigen anwesend zu sein.
- Sterben in Würde: Die Stadt lehnt jede Form der aktiven Sterbehilfe ab. Die Betreuung Schwerstkranker muss für Betroffene und deren Familien erschwinglich bleiben. Daher ist für ein ausreichendes Ausmaß mobiler Hospizteams sowie stationärer Einrichtungen und Hilfen zu sorgen.

44 Weitere Verbesserungen des medizinischen Angebots

- Ausgliederung des AKH bis 2004: Angestrebt wird auf der Grundlage der Einigung mit dem Bund die weitgehende Ausgliederung des AKH in dieser Legislaturperiode.
- Reform des Wiener Krankenanstaltenverbundes: Die weitere organisatorische Verbesserung durch fix vereinbarte Budgets, erweiterte Gestaltungsmöglichkeiten für die Führung der einzelnen Häuser und der übergeordneten Strukturen wird verwirklicht werden. Dabei muss die Balance zwischen öffentlicher Finanzierung und politischer Verantwortung einerseits und der betriebswirtschaftlichen und Management-Verantwortung andererseits gewahrt werden. Wien wird nicht zulassen, dass die Qualität der Gesundheitsversorgung verschlechtert wird, auch wenn die vorhandenen Einsparungspotentiale bereits zu einem hohen Prozentsatz ausgeschöpft worden sind.
- Krankenanstaltenplan NEU: Erstellung eines Wiener Krankenanstalten- und Großgeräteplans unter Berücksichtigung der medizinischen Versorgung in der Ostregion. In der Planung soll einerseits auf die Versorgungsengpässe bedacht genommen werden, andererseits auch geprüft werden, welche Versorgungsleistungen aufgrund der medizinischen, aber auch der budgetären Entwicklung in geringerem Ausmaß, nicht mehr oder an anderen Standorten erbracht werden können.
- Die PatientInnenorientierung der Wiener Spitälern und Pflegeheime wird auch durch gesundheitsfördernde Angebote verstärkt werden. Erfolgreiche Modelle wie Frauengesundheitszentren in Spitälern sollen Vorbild für Zentren für ältere Menschen, chronisch Kranke und andere Gruppen gesundheitsgefährdeter Personen werden, mit dem Ziel, ihr Gesundheitswissen zu verbessern und Spitalsaufenthalte oder pflegerische Betreuung hinten zu halten.
- Verbesserung der Bausubstanz in den Wiener Spitälern und Pflegeheimen. Ausgangspunkt für bauliche Sanierungen bzw. entsprechende Priorisierungen muss die medizinische und pflegerische Leistungsplanung sein (wo, wofür, mit welcher Perspektive, Ausbau, Rücknahme usw.). Modernisierung und Verbesserung der Unterbringungsqualität für die PatientInnen in Häusern mit alter Bausubstanz bedingen vorübergehend oder auf Dauer die Rücknahme von Bettenkapazitäten.
- Verbesserung der sozial-psychiatrischen Versorgung in Wien. Die Situation der psychiatrischen Versorgung wird evaluiert werden. Auf dieser Grundlage ist die Fortschreibung und Neufassung des Wiener Psychiatriekonzeptes unter besonderer Berücksichtigung der Zusammenarbeit aller Einrichtungen in diesem Bereich das Ziel.
- Erstellung und Umsetzung eines bedarfsgerechten abgestuften Betreuungskonzeptes für Wachkoma-PatientInnen (Apalliker).

- Verringerung von Verwaltungsarbeit (u.a. auch Harmonisierung von Datensystemen) und Verbreiterung des Schulungsangebotes für das medizinische Personal auch durch Aus- und Weiterbildung im Ausland.
- Die Versorgungsqualität im Bereich der niedergelassenen Ärzte soll verbessert, die Einrichtung von Gemeinschaftspraxen erleichtert werden. Die Integration und Kommunikation ist nicht durch die bessere Zusammenarbeit mittels elektronischer Medien, sondern insbesondere auch durch integrative Betreuungskonzepte und verstärktes case und care-Management auszubauen.
- In einem Pilotprojekt soll festgestellt werden, ob der Verzicht auf PVC-Produkte im medizinischen Bereich ohne Qualitätsverlust möglich ist.
- Modelle wie “Community Interpreting” im Spitalsbereich dienen der Verbesserung der Orientierung auf die Bedürfnisse und Probleme von zugewanderten PatientInnen und sollen auch weiterhin unterstützt und verbessert werden.

45 Verbesserung der Pflege und Betreuung

- Wien plant eine Gesamtreform der unterschiedlichen Pflegesysteme mit dem Ziel einer effizienten, doch zugleich unbürokratischen, kundenInnenorientierten und menschenwürdigen Pflege.
- Wien fordert gesetzliche Qualitätskriterien für Pflegeheime. Die Qualitätssicherung und die Vergleichbarkeit der Betreuung sind vorrangig. Eine Evaluierung des Betreuungsaufwandes je nach PflegegeldEinstufung ist unerlässlich. Ständige, zumindest halbjährliche Kontrollen aller Pflegeeinrichtungen sind notwendig. Schwerpunkte müssen personelle, bauliche, pflegerische und finanzielle Mindeststandards, eine wohnungsähnliche, anstatt einer medizinisch dominierten Umgebung, eine freie ÄrztInnenwahl und eine Stärkung der Mitbestimmungs- und Vertretungsrechte von Angehörigen gegenüber den Pflegeeinrichtungen sein. Ein Pflegeheimgesetz wird angestrebt.
- Die Stadt strebt für die wohnungsbezogenen Pflegedienste gute Beschäftigungsbedingungen für die ArbeitnehmerInnen an. Die Vergabe des Pflegegeldes soll an den Einsatz von Personal, das über ordnungsgemäße arbeits- und sozialrechtliche Absicherung verfügt, gekoppelt werden. “Homeservice” und ähnliche Modelle werden auch weiterhin von der Stadt gefördert bzw. ausgebaut.

46 Erfolgreiche Drogenpolitik fortsetzen und ausbauen

Wien wird seine erfolgreiche Drogenpolitik fortsetzen. Das Wiener Drogenkonzept 1999 hat die Maßnahmen für die vier Säulen Prävention, gesundheitsbezogene Maßnahmen, soziale Maßnahmen und Sicherheit definiert. Durch die Umstrukturierung des Drogenbereiches und die Gründung des “Fonds Soziales Wien” wurden die organisatorischen Voraussetzungen für die weitere Professionalisierung und Erweiterung der Maßnahmen, insbesondere auch in der Prävention und der Information gesetzt.

- Der Grundsatz “Helfen statt Strafen” ist in Wien kein Lippenbekenntnis, sondern gelebter Grundsatz in der Beratung und Behandlung von DrogenkonsumentInnen und Suchtkranken. Das Betreuungsnetzwerk der Hilfs- und Beratungsstellen muss für alle WienerInnen erreichbar sein und ohne langwierige Wartezeiten professionelle Beratung und Betreuung anbieten.
- Die Integration von Suchtkranken in die Gesellschaft geht Hand in Hand mit einer Entstigmatisierung. Drogenpolitische Maßnahmen brauchen daher entsprechende Kommunikation, um das notwendige Verständnis der Bevölkerung zu erzielen.

- Moderne Methoden der Suchtprävention sollen den unterschiedlichen Berufsgruppen, wie LehrerInnen, KindergärtnerInnen, SozialarbeiterInnen, etc. durch Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen vermittelt werden, damit in Hinkunft alle Jugendlichen in Wien davon profitieren können. Dabei sind nicht nur der Mißbrauch illegaler Drogen, sondern ebenso Alkohol, Nikotin und Psychopharmaka zu berücksichtigen. Ebenso müssen neue Methoden entwickelt und umgesetzt werden, wie etwa das erfolgreiche Präventionsprogramm "Check-iT" bei großen Jugendveranstaltungen.
- Gegen Drogenhandel soll seitens der zuständigen Behörden mit der ganzen Schärfe des Gesetzes vorgegangen werden.

47 Behinderung jedweder Art führt in Wien zu keiner Ausgrenzung

- Behinderten Menschen werden in Wien im Bildungsbereich, in der Arbeitswelt, im öffentlichen Raum, beim Zugang zur Kultur oder in der sozialen Absicherung gleiche Chancen, also ein barrierefreier Zugang geboten.
- RollstuhlfahrerInnen soll das Benützen öffentlicher Verkehrsmittel erleichtert werden. Behindertengerechte Umbauten und Nachrüstungen von öffentlichen Gebäuden und auch Verkehrsmitteln sollen daher verstärkt erfolgen, Fahrtendienste bedarfs- und kundenorientiert angeboten werden. Gleichzeitig gilt es auch, für ein adäquates Angebot an Pkw-Stellplätzen für Behinderte zu sorgen.
- Zentren für selbstbestimmtes Leben sollen eingerichtet werden, Hilfe soll durch persönliche Assistenz ersetzt werden. Behinderte Menschen sollen das Recht auf eine gleichgeschlechtliche Pflege-/betreuungsperson bekommen.
- Wien strebt an, in der Stadtverwaltung die Behinderteneinstellquote zu erfüllen.

48 Sicherheit der Lebensmittel als wichtiger Beitrag zur Gesundheit.

- Die Sicherheit der Lebensmittel darf nicht privatwirtschaftlichen Interessen unterworfen werden. Der Schutz der WienerInnen vor ungesunden und gefährlichen Lebensmitteln ist außerordentlich wichtig. Im Gegensatz zur Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung sollen die Wiener Lebensmitteluntersuchungsanstalt und das Wiener Marktamt – die wirkungsvollste Lebensmittelpolizei in ganz Österreich – weiterhin unbestechliche, öffentlicher Kontrolle unterliegende Einrichtungen bleiben, die nicht privatisiert werden.

49 Sportförderung

- Wien soll weiterhin das Bundesland mit der absolut höchsten und besten Sportförderung sein.
- Wien wird Breitensport ebenso wie Spitzenleistungen im Sport fördern. Förderung des Spitzensports heißt, die Mittel nicht nur in wenigen werbeträchtigen Sportarten konzentrieren, sondern alle Sportarten zu fördern, insbesondere auch den Behindertensport.
- Die Erhaltung und Modernisierung der Wiener Sportstätten soll fortgesetzt werden (wie z.B. das Programm für die Wiener Fußballstadien und –plätze)
- Um die Bevölkerung zur Sportausübung zu motivieren, soll jedes Jahr zumindest ein Sport-Top-Event in Wien stattfinden. Eines der bedeutendsten Ereignisse soll 2002 die Hallen-Leichtathletik-Europameisterschaften werden.

- Die Stadt wird den Betriebssport als Teil der Gesundheitsförderung und gemeinschaftlicher Freizeitgestaltung verstärkt fördern.
- Die Stadt wird das Thema "Bewegung" zur Förderung der Gesundheit zu einem Schwerpunkt der kommenden Jahre machen.
- In den Parkanlagen will die Stadt "freie Sportflächen" anlegen, wo Bewegung optimal ermöglicht und gefördert wird.
- Speziell für Jugendliche sollen in Wien weitere Anlagen für Streetsoccer, Beachvolleyball und Inline-Skating geschaffen werden.
- Zur Förderung des Spitzensports soll in Wien die Förderung von Sportschwerpunktschulen verstärkt werden.
- Auch in der Freizeit und im Sport sollen bestehende Rollenbilder beseitigt werden: durch geschlechtssensible Parkgestaltung, Parkbetreuung nach geschlechtssensibler Pädagogik, durch eine Sportförderung der Stadt, die auf die sportlichen Bedürfnisse und Wünsche von Mädchen und Frauen (etwa durch die Schaffung wohnungsnaher bzw. leicht erreichbarer Angebote) besonders eingeht. Hierzu sollen insbesondere auch die Sportpreise, Dotationen und Subventionen in Hinblick auf die gleichberechtigte Förderung von Frauen überprüft, ein jährlicher "Preis der Stadt Wien zur Förderung von Frauen im Sport" ausgelobt und ein Frauenreferat im Sportamt eingerichtet werden.
- Die Förderung des Sports in Wien soll auch unter dem Gesichtspunkt erfolgen, daß Sport ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist und Arbeitsplätze sichert.

Besser wohnen - besser leben

Wohnen ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Wohnen unter menschenwürdigen Bedingungen soll ein Recht für alle werden. Wien wird den Weg des leistbaren Wohnens bei hoher Qualität weitergehen. Grundlage dafür ist die Aufrechterhaltung der Wohnbauförderungszuweisung durch den Bund.

50 Sanfte Stadterneuerung vorantreiben

- Die Stadt wird die Sanierungstätigkeit weiter ausbauen. Bis zum Jahr 2005 sollen Wohnhäuser mit 40.000 weiteren Wohnungen runderneuert werden.
- Die Gebietsbetreuungen zur Begleitung der Sanierungstätigkeit sollen auch im Gemeindebaubereich zum Einsatz kommen. Bis 2005 soll diese neue Gebietsbetreuung flächendeckend zur Verfügung stehen und mit anderen sozialen und freizeitpädagogischen Einrichtungen vernetzt sein.
- Für das Gebiet rund um den Nordwestbahnhof soll in Verbindung mit dem EU-Ziel-II-Programm ein Stadtentwicklungsprogramm durchgeführt werden.

51 Wohnungsneubau auf hohem Niveau stabilisieren

- Das große Angebot am Wiener Wohnungsmarkt bietet den WienerInnen eine gute Auswahlmöglichkeit und übt spürbaren Druck auf das gesamte Mietniveau aus. Die Stadt will bis 2005 den Bau von 25.000 neuen Wohnungen auf hohem architektonischen, umweltschonenden und mieterInnenfreundlichen Niveau fördern.
- Subjektive Wohnvorstellungen sollen durch ein modellartiges Angebot abgedeckt werden. Themenbauten wie "autofreie Mustersiedlung", Selbstbauprojekte und Integrationsprojekte werden weiterentwickelt. Die Mitbestimmung der zukünftigen

MieterInnen bei Planung und Umsetzung wird groß geschrieben. Die Erkenntnisse des alltags- und frauengerechten Wohnbaus, für die Wien europaweit bekannt ist, werden in Form weiterer Projekte (Frauen-Werk-Stadt II) umgesetzt und in die allgemeinen Planungsgrundlagen einbezogen.

- Die Stadt will Signale im Hochhausbau setzen: eine qualitätsvolle Hochhausarchitektur für moderne Bürolandschaft, für Unterhaltung und Freizeit und auch für Wohnen soll an ausgewählten Standorten entstehen. Die Basis dafür soll ein spezielles Hochhauskonzept bilden.

52 Treffsichere Förderungen im Wohnbau

- Höchstmögliche Zielgenauigkeit bei der Förderung von Wohnen ist ein Hauptanliegen. Eigenmittlersatzdarlehen, Wohnbeihilfe, Superförderung und Jungfamilienförderung sollen weiterentwickelt werden.
- Für Notfälle stellt die Stadt Wien 2.000 Wohnungen zur Verfügung. Diese Notfalls-Wohnungen - darunter 600 Gemeindewohnungen – dienen in- und ausländischen Familien und Kindern als neues Heim, die vorher in gesundheitsgefährdenden Wohnungen leben mussten oder Opfer von Wohnungsspekulationen geworden sind.

53 Integration statt Wohnungsspekulation

- Durch Wohnungsspekulation benachteiligte und heruntergewirtschaftete Gebiete in der Stadt wird Wien auch in Zukunft nicht akzeptieren. Wien wird bis 2005 5.000 geförderte Wohnungen mit speziellem Integrationsschwerpunkt errichten lassen. Die bereits bestehenden Integrationsprojekte von Genossenschaften stellen dafür positive Vorbilder dar.

54 Bessere Rechte und Unterstützung für PrivathausmieterInnen

- Die MieterInnenmitbestimmung im Gemeindebau hat sich bewährt und soll auf Privathäuser ausgedehnt werden.
- Die Einführung der allgemeinen Wohnbeihilfe für alle ermöglicht es auch MieterInnen im Privathausbereich – ausländischen StaatsbürgerInnen nach 5jährigem, legalem Aufenthalt in Österreich - im Krisenfall weiter in der Wohnung bleiben zu können.
- Die Stadt setzt sich für eine Verringerung der ImmobilienmaklerInnen-Honorare und für gesetzliche Mietzinsobergrenzen ein.

55 Gemeindewohnungen als Herz des sozialen Wohnbaus

- Die 220.000 mietgünstigen Gemeindewohnungen sind wichtig für finanzschwache MieterInnen. Es wird daher zu keinem Ausverkauf des Gemeindebaus kommen.
- Gebietsbetreuungen werden gemeinsam mit anderen sozialen und freizeitpädagogischen Einrichtungen in Zukunft auch für die Verbesserung des Zusammenlebens aller MieterInnen im Gemeindebau arbeiten.

56 Thermische Sanierung schützt das Klima

- Alle Neubauten werden grundsätzlich als Niedrigenergiehäuser gebaut und verfügen über Einzelwasserzähler, wobei bei der Tarifgestaltung ein sozialer Ausgleich (z.B. Grundbetrag und verbrauchsorientierte Komponente) angestrebt werden soll.
- Solarenergie soll beim Neubau immer stärker genutzt werden.

- Die thermische Sanierung der Wohnhausanlagen aus den 50er-, 60er- und 70er Jahren soll fortgesetzt werden. Bis 2005 sollen 100.000 Wohnungen energiesparend und wärmegeklämt saniert werden. Das entspricht einer Schadstoffreduktion im Ausmaß von 85.000 PKW.

Öffentliche Finanzpolitik - sozial ausgewogen

Das Wiener Stadtbudget ist in Ordnung. Trotz einer Steigerung der Leistungen für die BürgerInnen konnten die Schulden seit 1996 mehr als halbiert werden. Die Ziele der Finanzpolitik für die Zukunft sind:

57 Ausgeglicherer Haushalt und weiterer Schuldenabbau

- Die Stadt strebt grundsätzlich einen ausgeglichene kommunalen Haushalt an und bekennt sich zum europäischen Pakt für Wachstum und Stabilität. Der Weg muß aber sozial ausgewogen und ohne Kürzung für die Zukunft notwendiger Investitionen erfolgen.
- Nachdem der Schuldenstand bereits halbiert wurde, soll der Schuldenabbau fortgesetzt werden.

58 Sozial ausgewogene Finanzpolitik

- Die Budgetpolitik soll in Wien grundsätzlich sozial ausgewogen erfolgen, ohne Belastungen der Einkommensschwachen, ohne Sozialabbau, ohne negative Verteilungseffekte und ohne Schwächung von Konjunktur und Beschäftigung. Es soll ein maximal effizienter Einsatz der öffentlichen Mittel im Interesse von Verteilungs- und sozialer Gerechtigkeit, Wachstum, Beschäftigung und Stabilität erreicht werden.
- Gegen eine unausgewogene, unsoziale Belastung Wiens und seiner Bevölkerung durch die Bundesregierung wird Wien Widerstand leisten.

59 Wien muß Wachstumsmotor bleiben

- Wien muß in der Lage bleiben, als Motor des gesamten Landes Wirtschaft und Beschäftigung anzukurbeln. Und Wien soll weiterhin seinen BürgerInnen die besten Leistungen anbieten können.

Sicheres Wien

60 Widerstand gegen Sparen des Bundes bei der Sicherheit in Wien

Wien soll die sicherste Millionenstadt Europas bleiben. Wien unterstützt die Arbeit der Polizei und wehrt sich daher gegen Sparmaßnahmen der Bundesregierung, die auf Kosten der inneren Sicherheit in Wien gehen. Wien verlangt vom Bund:

- Ausreichend ExekutivbeamtenInnen in Wien, zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, zur Gewaltprävention, insbesondere durch den Einsatz von FamCops in allen Bezirken, und zur Verbrechensbekämpfung.

- Entschiedener Kampf gegen die organisierte Kriminalität (insbesondere den wachsenden Menschenhandel und den Drogenhandel).
- Mehr Sicherheit vor dem Missbrauch persönlicher Daten.
- Ausbau des Opferschutzes bei Sexualstraftaten und Aufklärung über typische Verhaltensweisen von TäterInnen bei Kindesmissbrauch.
- Konsequentes Vorgehen der Polizei gegen jeden gewaltbereiten politischen Extremismus.
- Mehr Zivildienstler für den Einsatz als SchülerInnen-Lotsen zur Schulwegsicherung.
- Zivilschutz: Die Bundesregierung muss mehr Einsatz für die Abschaltung aller grenznahen Atomkraftwerke (wie Temelin, Mochovce u.a.) zeigen.

61 Erhöhung der Sicherheit im eigenen Wirkungsbereich

- Besserer Schutz vor "Kampfhunden": Die Stadt strebt eine Verschärfung des Wiener Tierschutzgesetzes an, zum besseren Schutz vor gefährlichen Hunden.
- Tierschutz: Herausnahme von geschützten Tierarten aus dem Jagdgesetz.
- Fortführung der Wiener Drogenpolitik, die zu einer Verringerung der Beschaffungskriminalität geführt hat.
- Einrichtung eines vierten Frauenhauses zum Schutz der Frauen und Kinder vor Gewalt in der Familie.
- Beim Ausbau der U-Bahn wird verstärkt auf die Sicherheitsbedürfnisse der Frauen eingegangen werden.
- An Verkehrsknotenpunkten (z.B. Karlsplatz) soll durch die Schaffung von "gläsernen Wachstuben" die objektive und subjektive Sicherheit erhöht werden.
- Durch das Einführen verbindlicher Normen bei allen Planungsprozessen sollen Sicherheit und Alltagsgerechtigkeit in öffentlichen Räumen (Beleuchtung, Einsehbarkeit, Zugänglichkeit usw.) gewährleistet werden.
- Wien soll auch in Zukunft seine Position als verkehrssicherste Stadt Österreichs behalten.

Demokratisches Wien

Stadt: Perfekter Service

In Wien sollen die Menschen dort mitbestimmen und mitentscheiden, aber auch mitverantworten, wo sie das wollen. Miteinander in der Stadt heißt, das Verhältnis zwischen dem Dienstleister Stadtverwaltung und den BürgerInnen weiter zu verbessern, die Mitwirkungsrechte der BürgerInnen auszubauen und die Demokratie weiterzuentwickeln.

62 Neues Service auf den Ämtern

- Mehr Leistung, weniger Bürokratie - Das neue Service auf den Ämtern: Die Bezirksämter sollen zu offenen BürgerInnenzentren werden. Der BürgerInnendienst wird zum one-stop/one-desk-shop. Bei Adaptierung und Umbau von stark frequentierten Amtsgebäuden wird auf KundInnen-Freundlichkeit gesetzt (Kinderwagenrampen, Wickelräume, Wartebereiche usw.).
- Möglichst viele Behördenwege, aber auch Mitbestimmungsmöglichkeiten sollen auch elektronisch abwickelbar werden. Die Stadt will einen möglichst breiten Zugang der Bevölkerung zum Internet gewährleisten.
- Auch die Information des Rathauses bzw. der Stadtverwaltung sowie die Kommunikation mit den BürgerInnen soll verbessert werden (Verstärkung der direkten Informationstätigkeit der Magistratsabteilungen; Call-Center im Rathaus)

Die kommunalen Betriebe müssen die besten sein

Die Wiener Versorgungsunternehmen (für Energie, öffentlichen Verkehr, Wasser, Abwasser, Müllentsorgung oder Straßenreinigung) sollen möglichst kostengünstig, effizient und wirkungsvoll im Interesse der KundInnen arbeiten. Das kann durch direkte oder indirekte Mitbestimmung der BürgerInnen am besten sichergestellt werden.

63 Erhöhung der Leistungskraft der kommunalen Betriebe

- Die kommunalen Versorgungsunternehmen müssen ihre Wettbewerbsfähigkeit beweisen und kontinuierlich ihre Leistungen verbessern. Die kommunalen Wiener Unternehmungen müssen den Ehrgeiz haben, die besten zu sein.
- MitarbeiterInnen-Schulungen sollen beitragen, besser auf die besonderen Problemlagen der zugewanderten KundInnen und MitarbeiterInnen der kommunalen Unternehmungen einzugehen. Die internen Weiterbildungsangebote für weibliche Bedienstete in den Informations- und Telekommunikationstechnologien (Zusatzqualifizierung für Frauen aus dem Kanzleibereich etc.) werden fortgesetzt.
- Es wird keinen Ausverkauf von kommunaler Infrastruktur, von Gemeindewohnungen, des Wiener Wassers oder der Wälder geben. Es wird mehr für die Sicherung des Hochquellwassers und für die Erhaltung der Wälder und ihrer öffentlichen Erholungsfunktion getan.

64 Mehr Information und Mitbestimmung bei Planungen

- Planungsinformationen – auf allen räumlichen Ebenen – sollen helfen, Wissensstand zu verbreiten. Auch moderne Kommunikationsmittel sollen zum Einsatz kommen (Telefon, Video, Internet). Um die Mitsprache all jener zu sichern, die mit den neuen Medien noch nicht vertraut sind, wird in den Wiener Planungszellen eine spezielle Anwaltschaft eingerichtet.
- Wiener Planungszellen: Bei schwierigen Entscheidungsfragen über Veränderungen im Viertel sollen Wiener Planungszellen gebildet werden. Die Entscheidungsfindung wird durch Beteiligung von BürgerInnenvertreterInnen näher zu den Betroffenen gebracht. Die nötigen Informationen sollen frühzeitig mit Computeranimationen ins Internet gestellt werden. BürgerInnen-Initiativen sollen ihre Argumente auf der website der Stadt (www.wien.at) allgemein zugänglich machen können.
- Durch das Einführen verbindlicher Normen bei allen Planungsprozessen sollen Sicherheit und Alltagsgerechtigkeit in öffentlichen Räumen (Beleuchtung, Einsehbarkeit, Zugänglichkeit usw.) gewährleistet werden. Als erster Schritt dazu sollen bei Verkehrsplanungen und Flächenwidmungen die Konsequenzen einer Planung auf den Alltag der betroffenen Frauen und Männer geprüft werden ("Gender Impact Assessments").
- Im Rahmen von "E-Government" soll ein digitaler Frauenstadtplan entwickelt werden.
- Die Mitbestimmung der Jugend soll gesetzlich verankert werden.
- Mehr Partizipation der ZuwanderInnen soll auch durch die gezielte Einbindung bei Grätzplanungen, BürgerInnenbeteiligungsverfahren, Wiener Planungszellen und anderen Initiativen, bei denen es um die Mitsprache und Mitbestimmung vor Ort geht, erzielt werden.
- Das BürgerInnenbeteiligungsprojekt AGENDA 21 soll schrittweise auf einige Wiener Bezirke ausgeweitet werden, wo Interesse an partizipativer Stadtentwicklung besteht.
- Europaweit ist Wien Vorbild bei der geschlechtssensiblen Parkgestaltung. Parkanlagen (oder auch Sportplätze) sollen so geplant und durch Parkbetreuung begleitet werden, daß sie Mädchen und Burschen gleichberechtigte Nutzungsmöglichkeiten bieten. In den nächsten Jahren soll in jedem Bezirk eine nach diesen Kriterien neu- oder umgebaute Parkanlage entstehen.

65 Ein neuer Stadtentwicklungsplan für Wien

- Wien soll einen neuen Stadtentwicklungsplan erhalten. Um den zu erwartenden Entwicklungen der kommenden Jahre (EU-Erweiterung, weitere Globalisierung) Rechnung zu tragen, ist es notwendig, den Stadtentwicklungsplan 1994 zu überarbeiten. So bieten sich viele innerstädtische Flächen für neue kreative und innovative Planungsprojekte an.

66 Überregionale Planung koordinieren

- Die Region Wien soll auch in der Planung stärker verankert werden. Dazu soll im Einvernehmen mit Niederösterreich und Burgenland die Planungsgemeinschaft Ost aufgewertet werden. Wien strebt erste Schritte zu einer gemeinsamen Planungsbehörde an, welche koordinative Aufgaben in der Regionalplanung und in

Hinblick auf die strategische Umweltverträglichkeitsprüfung und Raumverträglichkeitsprüfung übernehmen kann. Und sie soll den Auftrag haben, ihre Aktivitäten mit der Region Bratislava sowie den Stadtregionen Tschechiens und Ungarns abzustimmen.

- Wirtschaftskoordination: Die Ostregion Österreichs ist eine starke Wirtschaftsregion mit hervorragenden Standortqualitäten. Gemeinsam mit Niederösterreich und Burgenland bedarf es im Rahmen der "Vienna Region" auch weiterhin einer verstärkten Koordination in Fragen der Wirtschaftsentwicklung und Betriebsansiedlung.
- Verkehrskoordination: Ein gemeinsamer Ausschuß der Landtage von Wien, Niederösterreich und Burgenland zu "Verkehrs- und Siedlungspolitik" hat zahlreiche Lösungsvorschläge für die Bewältigung der anstehenden Fragen in der Ostregion in verkehrs- und siedlungspolitischer Hinsicht vorgelegt, die umgesetzt werden sollen. Dabei geht es vor allem um die gemeinsame Lösung der Verkehrsprobleme, die Steuerung der Siedlungspolitik, die Raumverträglichkeit von Großprojekten sowie die Sicherung der Erholungsräume. (Zur Verkehrskoordination siehe auch Kapitel "Ein Verkehrs-Masterplan für Wien – Ausbau des regionalen öffentlichen Personennahverkehrs".)

Mehr Demokratie

67 Reform des Wiener Wahlrechtes

- Mehr Demokratie: Wählen mit 16 auf kommunaler Ebene ist ein wichtiges Ziel. Das Wahlalter soll auf 16 Jahre herabgesetzt werden.
- Auf allen Ebenen der Wiener Politik (Land, Gemeinde, Bezirk) soll es ein stärkeres Persönlichkeitswahlrecht geben.
- Für nichtösterreichische MitbürgerInnen soll nach einem mehrjährigen legalen Aufenthalt auf Bezirksebene (für die Bezirksvertretungswahlen) das aktive und passive Wahlrecht eingeführt werden. Neben dem Wahlrecht strebt die Stadt Initiativen zur Unterstützung von Kindern und Eltern aus MigrantInnenfamilien an, sich aktiv an der Schuldemokratie zu beteiligen (SchülerInnenvertreterInnen, Elternvereine). Das für den Bereich der Wiener Stadtverwaltung bereits geltende passive Wahlrecht zum Betriebsrat für ausländische ArbeitnehmerInnen soll auch in der Privatwirtschaft umgesetzt werden.
- Demokratie per Mausclick: Die Stadt will mit den BürgerInnen auch darüber diskutieren, ob und wie über die Politik und ihre Inhalte - häufiger als bei Wahlen oder Volksbefragungen - per Knopfdruck und "Wahl-card" abgestimmt werden soll.

Schutz der Medienfreiheit

Der Pluralismus an Meinungen war in Wien bisher durch eine umfassende Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der in den Medien Tätigen gewährleistet. Dies gilt unter der neuen Bundesregierung nur mehr eingeschränkt: Die Einflußnahme der Regierungsparteien auf die Medien (vor allem den ORF) ist groß.

68 Förderung von Medienfreiheit, Medienunternehmen und Medienausbildung

- Vor diesem Hintergrund setzt sich die Stadt besonders für die Unabhängigkeit des ORF, für Pressefreiheit und für die Förderung wirtschaftlich schwächerer und vor allem nicht-kommerzieller Medien (GründerInnen- und Gewerbe-Zentren, Risikokapital, Know-How-Zentren, Kabel-TV-Sender, Freie Radios, Filmförderung) nach den Kriterien der Vielfalt und Qualität ein.
- Wien wird die Möglichkeiten für neue Ausbildungsformen fördern: MedienarbeiterInnen sollen durch neue Medienbildungsanstalten profunde Weiterbildungsmöglichkeit erhalten, gleichzeitig soll der niederschwellige Zugang zur Medienbildung und Medienarbeit verstärkt werden. Die Stadt will die Errichtung einer Fachhochschule und einer Volkshochschule für Neue Medien fördern.
- Weil Medien eine wichtige Rolle bei der Bewußtseinsbildung zur Vorbeugung von Gewalt an Frauen und Kindern spielen, lobt die Stadt einen jährlichen Preis für eine sensible Berichterstattung zum Thema der Gewalt gegen Frauen aus und fördert weitere Projekte in diesem Bereich.

Weltoffenes Wien

Modernität ist heute zur Anpassung an wirtschaftliche Zwänge, zur Individualisierung und Entsolidarisierung verkommen. Wien steht demgegenüber für eine politische Kultur, die auf ein Mehr an Demokratie und gesellschaftlicher Beteiligung, ein Mehr an Wissen und Bildung, ein Mehr an Lebensqualität und vor allem auch ein Mehr an menschlichem Miteinander, Vielfalt und Toleranz zielt. Wien läßt die Gesellschaft nicht auseinanderbrechen.

Im Wien des 21. Jahrhunderts soll es mehr Miteinander von Menschen geben, soll es neben individueller Aufgabenerfüllung durch die BürgerInnen auch die gemeinschaftliche Aufgabenerfüllung geben. Wo größere Gestaltungsfreiheit gewünscht wird, soll es sie geben. Wo Schutz und Unterstützung für Schwächere nötig ist, muß es sie geben. Die Stadt soll Eigenverantwortung und größere Gestaltungsfreiheit ermöglichen, Integration, Schutz und Absicherung bieten. Die Stadt will in Wien ein friedliches und tolerantes Miteinander aller Generationen, Geschlechter, Kulturen und Lebensweisen.

Miteinander der Generationen

69 Freiraum für die Jugend

- Wien bleibt eine Stadt, in der Kinder und Jugendliche ungezwungen und geborgen heranwachsen können. Wichtige Instrumente dazu sind Sicherung und Ausbau der Betreuung Jugendlicher nach dem Schulunterricht, aber auch Toleranz gegenüber Jugendlichen im öffentlichen Raum. Die Hausordnungen der Gemeindewohnbauten sollen auf Kinder- und Jugendfreundlichkeit überprüft werden. Die Kinderfreibäder sollen auch an Wochenenden und Feiertagen geöffnet werden.
- Neue Mobilitätsformen von jungen Menschen werden berücksichtigt. Skaten, Biken und Rollerbladen sind Mobilitätsformen, die nicht diskriminiert werden. Öffentliche Verkehrsmittel sollen für junge Menschen attraktiv und erschwinglich sein.
- Mehrfach- und Zwischennutzungen (Strategisches Projekt "einfach-mehrfach") sind ein Beitrag zur Erweiterung des städtischen "Spielraumes". Teile des Stadtraumes werden zur Bühne, auf der vor allem Jugendliche neue Freizeit- und Lebensstile erproben.
- Für junge Menschen soll es Räume und Freiräume in jeder erdenklichen Form geben: Treffpunkte für Gleichaltrige ohne Konsumationszwang, Möglichkeiten zur Selbstorganisation von Menschen mit gleichen oder ähnlichen Interessen, Familien-Selbsthilfegruppen, Organisieren von Tauschbörsen und Wissensläden, Cafes und Treffs für Studierende sowie Freiräume überall in der Stadt, nicht nur eingegrenzte beispielbare Räume. Die Freizeitmöglichkeiten für heranwachsende junge Menschen sollen erschwinglich und attraktiv sein und es soll Angebote im Non-Profit-Bereich geben.
- Die Stadt bemüht sich um Toleranz gegenüber Neuem, Ungewohntem und jugendlichem Anderssein. Die Stadt tritt gegen die Kriminalisierung von heranwachsenden Menschen und für die Schaffung eines Heranwachsenden-Strafrechts, wie in einigen Ländern der EU bereits üblich, ein.
- Gleichberechtigung von Mädchen und Buben muß in der Schul- und Freizeitpädagogik noch stärker zum Thema werden – sowohl bei Unterrichts- und Spielma-

terialien als auch bei konkreten Projekten. Alle Wiener Mädchen sollen durch Selbstbehauptungstrainings gezielt gestärkt werden. Buben sollen durch das Vorleben anderer Handlungsstrategien als der klassischen männlichen Rollenklischees und beim Erlernen kooperativer Konfliktlösungsformen gefördert werden. Durch Workshops "Mädchen planen ihre Stadt" sollen Mädchen zur aktiven Teilhabe an Planungen interessiert werden.

- Die Stadt wird internationale Austauschmöglichkeiten für junge Menschen organisieren. Junge Menschen sollen die Möglichkeit haben, andere Sprachen und Kulturen kennenlernen, Toleranz und keine Angst vor Fremden erfahren, sich für Friedenserziehung oder Entwicklungshilfeprojekte engagieren können.
- Es sollen auch weiterhin Jugendliche der 2. und 3. Generation gezielt unterstützt und gefördert werden; denn die interkulturellen Kompetenzen der Jugendlichen sollen als Chance für ein besseres Miteinander in der Stadt wahrgenommen werden.

70 Stadt als Partner beim Erwachsenwerden

- Die Stadt unterstützt eine Berufs- und Weiterbildungsberatung für Unentschlossene durch qualifizierte Stellen, eine realistische Beratung, was die Inhalte eines Studiums betrifft, ebenso wie spätere Job- und Weiterqualifizierungsaussichten.
- Zur Weiterbildung soll es Hauptschul-Abschlußkurse für "Spätberufene" auch noch nach dem 18. Lebensjahr geben, weiters ein breites Angebot von Fernlehrgängen neben dem Job, Fachhochschulen nicht nur im technischen Bereich und Angebote auch für junge Frauen.
- Die Stadt unterstützt Bemühungen für eine Neuverteilung des Lebenseinkommens durch Abflachen der Verdienstkurve: junge Menschen brauchen mehr Einkommen in der Phase, wo sie ihre eigene Existenz aufbauen.
- Der Zugang zu gefördertem Wohnraum soll für junge Menschen leichter gemacht werden und Hilfen bei der Familien- und Existenzgründung sollen gegeben werden.
- Die Stadt wird Hilfe bei der Familiengründung leisten und dabei alle Formen von Lebensgemeinschaften gleichermaßen berücksichtigen und akzeptieren, egal ob heterosexuelle oder gleichgeschlechtliche Paar-Beziehung, Wohngemeinschaften oder Mehr-Generationen-Wohnen.
- Wien stellt sich gegen die Verschärfungen im Zugang zum Zivildienst. Neben den wichtigen Funktionen des Zivildienstes für die Gesellschaft und die Infrastruktur der Stadt (Schulwegsicherung, Initiativen, Entwicklungshilfe- und Sozialprojekte) werden durch lange Wartezeiten jungen Männern Lebensplanungsperspektiven genommen.

Anstelle eines Generationenkonflikt wird es in Wien ein Miteinander der Generationen und ein Einbinden der älteren Generation in das Stadtleben geben.

71 Aktiv bleiben bis ins Alter

- Sichere Arbeit. Sichere Pensionen. Wien soll eine Stadt bleiben, in der Menschen nach dem aktiven Erwerbsleben in Sicherheit und Geborgenheit ihren Lebensabend verbringen sowie gesund bis ins hohe Alter leben können. Wien unterstützt Bemühungen für eine eigenständige Alterssicherung für Frauen als grundlegende Voraussetzung für einen gesicherten Lebensabend.
- Dem Wandel der Lebensstile im Zusammenhang mit höherer Lebenserwartung wird Rechnung getragen: Angebote für aktiv älter werdende Menschen sollen er-

weitert werden, aber auch ihre gesellschaftliche Erfahrung und Mitverantwortung in Anspruch genommen (Wissensbörsen, Einbindung in Planungsgruppen für den öffentlichen Raum, Einbindung in die Zukunftsgestaltung usw.).

- All jene älteren Menschen, die selbst nicht mehr aktiv ihr Leben gestalten können, sollen die nötige soziale und gesundheitliche Absicherung nach humanitären Prinzipien haben. Wachsende Bedeutung wird die Betreuung von älteren ZuwanderInnen bekommen, weshalb erste integrative Pilotprojekte fortgesetzt und weiterentwickelt werden sollen.

Miteinander der Geschlechter

Wien soll die frauenfreundlichste Stadt Europas werden. Die Stadt will, daß alle Frauen eigenständig und unabhängig leben können. Dazu gehören eine gute und zukunftsorientierte Ausbildung, das eigene Einkommen und eine eigenständige Pension. Das Ziel der Eigenständigkeit und Unabhängigkeit gilt für alle Frauen und Mädchen, die in unserer Stadt leben. Wichtigste Rahmenbedingungen für die Verwirklichung von Frauen im Beruf sind die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Elternteile und ein partnerschaftliches Teilen der Familien- und Haushaltsarbeit. Der Schutz von Frauen vor familiärer und sexueller Gewalt und die Sicherheit im öffentlichen Raum sind ebenso bedeutend für die Selbstbehauptung von Frauen.

72 Frauenförderung vor der Berufsausübung

- Im Kindergarten und in der Schule soll geschlechtssensible Pädagogik zum Tragen kommen, damit für künftige Generationen "Halbe-Halbe" gelebte Realität wird. Alle Kinder sollen die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten vorfinden, kein Kind durch stereotype Rollenbilder in seinen Chancen gehemmt werden. Kindergärten und Schulen, in denen diese Erkenntnisse angewandt werden, sollen ausgeweitet und strukturell abgesichert werden. Die Aktion "Kindergärtner gesucht" soll wiederholt werden, um den Ansatz der geschlechtssensiblen Pädagogik in städtischen Kindertagesheimen zu fördern.
- Weil eine gute Ausbildung das Fundament für eine erfolgreiche Berufslaufbahn ist, soll der Zugang für Mädchen und Frauen zu allen Bereichen der Berufsausbildung verbessert werden.
- Die Stadt wird durch gezielte Maßnahmen den Zugang für Frauen zu Fachhochschulen verbessern.

73 Frauenförderung im Beruf

- Die Stadt unterstützt alle Bemühungen, daß Frauen bei gleicher Qualifikation das gleiche Einkommen und die gleichen Karrierechancen haben wie Männer. Solange dies nicht selbstverständlich ist, bekennt sich die Stadt zur Bevorzugung von Frauen bei gleicher Qualifikation.
- Das Angebot des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds für Unternehmerinnen soll ausgebaut werden: neben Beratung, Begleitung bei einer Firmengründung und Bereitstellung von Büros soll es auch eine Gleichbehandlung von Frauen bei der Vergabe von Krediten für die Unternehmensgründung durch die Banken geben.
- Die Stadt unterstützt alle Bemühungen, die Männern mehr Verantwortung in der Familie und beim Haushalt, und Frauen echte Chancen zur Selbstverwirklichung im Beruf möglich macht. Für viele Frauen ist die Geburt eines Kindes der Einstieg

zum beruflichen Ausstieg. Die Familien in Wien brauchen Angebote, die Zeit für Kind und Beruf schaffen, leistbare Kinderbetreuungseinrichtungen, die auf die Bedürfnisse der Kinder und der Eltern Rücksicht nehmen, und aktive Unterstützung beim Wiedereinstieg in den Beruf. Das heißt konkret: Recht auf Teilzeitarbeit, Verlängerung der Behaltefrist nach der Kinderbetreuung, Kindergärten mit bedarfsorientierten Öffnungszeiten, Qualifikation auch während der Karenzzeit, Kurse und Projekte, die beim konkreten Wiedereinstieg helfen, Pilotprojekte in der Privatwirtschaft, die Frauen und Männern mehr Zeit für die Familie geben, sowie attraktive, arbeitnehmerInnen-freundliche Teilzeitmodelle.

- Die Stadt bekennt sich zur gezielten Unterstützung von Zuwanderinnen. (siehe auch **Miteinander der Kulturen**)

74 Weiterer Ausbau des Wiener Gewaltschutzsystems

- Um Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, will die Stadt einen Rechtsanspruch der Opfer auf Betreuung nach einer Gewalttat, die Einrichtung eines Traumazentrums für Opfer von sexuellen Gewalttaten, ein verpflichtendes Tätergespräch, ein Verbot von Waffen in Privathaushalten und “FamCops” für Wien. Die Stadt wird auch in Zukunft Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser unterstützen, sowie die eigenen Angebote, wie den 24-Stunden-Frauennotruf, ausbauen. Mehrjährige Verträge sollen den Vereinen in Zukunft eine größere Sicherheit bieten. Wichtig ist der Ausbau der Täterarbeit sowie die Unterstützung von Vereinen und Initiativen, wie etwa der “White-Ribbon-Kampagne” (Männer gegen Gewalt).
- Die Stadt strebt eine Novellierung des Prostitutionsgesetzes an, mit der die Gesundheitsversorgung der Prostituierten verbessert und das Gewicht der Strafe auch die Freier trifft. Für durch Frauenhandel ins Land geholte Sexarbeiterinnen soll auch weiterhin das Zeuginnenschutzprogramm des Bundes gelten. Darüber hinaus unterstützt die Stadt niederschwellige Betreuungs- und Beratungsmöglichkeiten für Prostituierte in Wien.
- Es soll ein Obdachlosenheim mit einem Schwerpunkt auf frauenspezifischen Angeboten für selbstbestimmtes Wohnen eingerichtet werden.

75 Stadtverwaltung als frauenpolitisches Vorbild

- Wiens Stadtverwaltung signalisiert frauenpolitische Vorbildwirkung: Die nächsten Schritte auf dem Weg einer aktiven Gleichstellungspolitik sind die Überprüfung und Fortschreibung der Frauenförderungspläne, ein Gleichbehandlungsgesetz für die Wiener LandeslehrerInnen, die Sicherstellung der Gleichbehandlung und Frauenförderung in den ausgegliederten Wiener Stadtwerken, ein Pilotprojekt zu flexiblen Arbeitszeitmodellen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Magistrat sowie künftig auch eine durchgängige sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern in Formularen, Gesetzes- und Verordnungstexten.
- Durch Pilotprojekte, etwa im Bereich der Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand, sowie durch Beratungsangebote zur betrieblichen Frauenförderung soll der Grundsatz der Gleichstellung auch in der Privatwirtschaft gefördert werden.
- Im Bereich der Aus- und Weiterbildung für die MitarbeiterInnen der Stadt Wien wird eine Erhöhung des Anteils von Frauen in den Nachwuchsführungskräfteschulungen angestrebt, und das Projekt “Managing E-Quality” soll auf den gesamten Magistrat ausgedehnt werden. Die Verwaltungsakademie der Stadt Wien wird diesen Anforderungen eines modernen, gleichstellungsorientierten Perso-

nalmanagements durch die Einrichtung eines "Referats für Gleichstellung und Frauenförderung" nachkommen.

- Bei der Besetzung von Kommissionen und anderen Gremien, in denen die Stadt Wien ein Entsendungs- bzw. Vertretungsrecht hat, wird eine gleichberechtigte Vertretung von Frauen gewährleistet.
- Die Stadt bekennt sich zum "Gender Mainstreaming", also zur Überprüfung aller Maßnahmen der Stadtverwaltung auf ihre unterschiedlichen Auswirkungen auf Frauen und Männer, um eine echte Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen des Lebens zu erreichen. Hierzu soll ein jährlicher Fortschrittsbericht "Gender Mainstreaming in Wien" erstellt werden.

Miteinander der Kulturen

Wien hat sich in der Vergangenheit, besonders in den letzten Jahrzehnten, als eine offene Stadt profiliert, die den Menschen entweder eine sichere Zwischenstation auf ihrem Weg in die Freiheit war, oder sie sogar - in wirtschaftlich schlechteren Zeiten als heute - ohne große Probleme aufgenommen und ihnen neue Lebenschancen eröffnet hat. Zuwanderung in Städte ist, wie in allen anderen großen Metropolen, die Normalität, nicht die Ausnahme.

Was Wien von anderen Städten unterscheidet, ist das Bekenntnis zur Integration der ZuwanderInnen in unsere Gesellschaft. Es geht dabei nicht um die Frage OB, sondern WIE das Zusammenleben von "alten" und "neuen" BürgerInnen funktionieren soll. Dementsprechend lautet die Maxime der Wiener Integrationspolitik: nur ein gedeihliches Miteinander, ein aktives Aufeinanderzugehen, kommt allen Bevölkerungsgruppen zugute, während andererseits Intoleranz, Ausgrenzung und Hetze immer allen nur schaden.

Für die Stadtverwaltung bedeutet das zum einen eine Stärkung der interkulturellen Kompetenzen auf Ebene der MitarbeiterInnen, zum anderen die gezielte Förderung von MigrantInnen in der Stadtverwaltung. Allgemeine Beratungs- und Sozialleistungen, die allen Menschen, die in Wien leben, offen stehen, sollen als selbstverständlicher Bestandteil der Stadtverwaltung in den jeweils zuständigen Geschäftsfeldern (z.B. Wohnen, Jugend, Soziales, Frauen) mit der dazu erforderlichen sprachlichen und (inter-)kulturellen Kompetenz besorgt werden.

Die Schwerpunkte der Integrationsarbeit in Wien werden sein:

76 Sprach- und Bildungsoffensive für MigrantInnen

- Die Stadt wird das Angebot an ZuwanderInnen, kostengünstige Deutschkurse zu besuchen (Sprachoffensive), ausbauen und weiterentwickeln. Dabei werden weiterhin Kurse für Frauen mit Kinderbetreuungspflichten angeboten. Wichtig sind zudem die BegleitlehrerInnen und Vorbereitungsgruppen für alle Kinder mit Kommunikations- und Sprachproblemen sowie Maßnahmen zur Elternkontaktnahme und -betreuung im Schul- und Kindergartenbereich.

77 Der 2. und 3. Generation eine Chance

- Die Jugendlichen der 2. und 3. MigrantInnengeneration leben zwischen zwei Kulturen, was Chance und gute Voraussetzung ist, mit dieser interkulturellen Sprachkompetenz auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft einen wichtigen

Beitrag zu leisten, insbesondere angesichts der EU-Erweiterung. Sie sollen daher weiter zum Besuch höherer Schulen angeregt und bei der Berufswahl beraten werden. Das gilt insbesondere für die Förderung von Mädchen, die bei der Wahl eines zukunftssicheren Berufes unterstützt werden müssen.

- Die Forderung nach der DoppelstaatsbürgerInnenschaft für Jugendliche der 2. und 3. Generation wird aufrechterhalten. Sie soll einerseits die rechtliche Situation der Jugendlichen verbessern, andererseits auch – in einer für alle Jugendlichen meist schwierigen Lebensphase – ein deutliches Signal der Aufnahmegeellschaft setzen, mit dem klar gemacht wird, daß sie hier willkommen sind, und so auch eine emotionale Erleichterung bieten.

78 Alle Frauen haben ein Recht auf Eigenständigkeit

- Die Stadt wird weiterhin Zuwanderinnen bei der Wahrnehmung ihrer Lebenschancen unterstützen: durch anforderungsorientierte Deutschkurse und Bildungsangebote, den – wenn erforderlich begleiteten - Zugang zum Gesundheitssystem, und nicht zuletzt durch die Sicherung von spezifischen Beratungsstellen für Migrantinnen.
- Es müssen vor allem die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die Zuwanderinnen häufig vom Aufenthaltsstatus ihrer Ehepartner abhängig machen und von der Teilnahme am Erwerbsprozeß ausschließen, durch eine Harmonisierung von Aufenthaltsrecht und Beschäftigungsgesetz beseitigt werden. Einen besonderen Schwerpunkt der Integrationspolitik bilden junge Migrantinnen, die besonders bei der Wahl eines zukunftssicheren Berufes unterstützt werden sollen.

79 Integratives Wohnen fördern

- Im Bereich des Wohnens sollen weiterhin Maßnahmen der Stadterneuerung, des MieterInnenschutzes und des integrativen Wohnens allen Bevölkerungsgruppen zugute kommen. Neben dem schon bestehenden und immer stärker genutzten Zugang von ZuwanderInnen zum geförderten Wohnbau von gemeinnützigen und gewerblichen Bauträgern sollen auch zukünftig Integrationswohnprojekte für In- und AusländerInnen im Bereich der Genossenschaftswohnungen gefördert und auf den Gemeindewohnungsneubau ausgedehnt werden. Voraussetzung für den Bezug einer Integrationsgemeindewohnung soll ein mindestens 5-jähriger legaler Aufenthalt in Österreich sein. Erste Pilotprojekte für "integratives Wohnen" werden im Gemeindebau fortgesetzt und ausgebaut.

80 Kampf gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus

- Die Stadt soll klare Signale für ein friedliches Zusammenleben setzen. Wien soll eine Stadt sein, in der sich alle zu Hause fühlen, egal woher sie gekommen sind. Die Stadt schlägt eine "Charta für das Miteinander" in Wien vor, mit der ein deutliches Zeichen für Toleranz verschiedener Kulturen, gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung gesetzt wird.

81 Zuwanderung als Normalität – Integration als Alltagsarbeit der Stadt

- Die Stadt wird im Sinne von "Integration ist Normalität" sowie "Migration Mainstreaming" MigrantInnen als MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung fördern.

- Andererseits wird die Stadt dafür sorgen, daß die Bedürfnisse und Anfragen der zugewanderten KundInnen im jeweils zuständigen Fachbereich mit der dazu erforderlichen interkulturellen Kompetenz bearbeitet und erledigt werden können. Dazu soll ein/e eigens Beauftragte/r (Diversity ManagerIn) eingesetzt werden. Darüber hinaus werden die Modellprojekte für das Miteinander, gegen Ausgrenzung im Schulbereich, in der Verwaltung oder in der Privatwirtschaft, unterstützt und durch einen Preis der Stadt jährlich ausgezeichnet.
- Der Wiener Integrationsfonds als integrationspolitisches Instrument der Stadt soll vor dem Hintergrund dieser Zielsetzungen für jene Fragen, die AusländerInnen aufgrund ihres unterschiedlichen rechtlichen Status betreffen, sowie für Grundlagenarbeit und die Entwicklung von Pilotprojekten und Anti-Rassismus-Arbeit zuständig sein.
- Mitbestimmung: Zur Förderung und Unterstützung des Miteinanders aller Menschen in Wien bietet die Stadt professionelle Gemeinwesenmediation an. Durch ausgebildete MediatorInnenteams sollen Konflikte in der Nachbarschaft, im Wohnumfeld und im öffentlichen Raum wirksam bewältigt werden.
- Die Stärkung und Unterstützung der Wiener Afrikanischen Community soll ein Förder- und Projektschwerpunkt des Wiener Integrationsfonds werden.

Miteinander der Lebensweisen

82 Akzeptanz und Toleranz für Lesben, Schwule und Transgender Personen

Wien strebt eine Gesellschaft an, in der Homosexuelle anerkannt und noch bestehende Benachteiligungen beseitigt werden. Die Anerkennung und rechtliche Absicherung homosexueller Lebensgemeinschaften, ein wirksamer Schutz der Homosexuellen und Transgender Personen vor Diskriminierung sowie die ersatzlose Abschaffung des menschenrechtswidrigen §209 StGB sind in diesem Zusammenhang die wichtigsten Forderungen an den Bundesgesetzgeber.

- Ein eigenes Bundesgesetz soll homosexuelle Paare rechtlich absichern und die Möglichkeit zur offiziell anerkannten Eintragung enthalten.
- In Wien sollen über die bereits bestehenden Regelungen hinaus homosexuelle Paare den heterosexuellen Paaren dort gleichgestellt werden, wo immer es die Bundesverfassung erlaubt.
- Zum Schutz vor Diskriminierung wird Wien ein Antidiskriminierungsgesetz beschließen.
- Homosexuellenvereine und deren Projekte sollen bei der Erfüllung ihrer für die Gesellschaft wichtigen Arbeit finanziell unterstützt werden, nicht nur im Bereich der Beratung, Betreuung, Hilfestellung, sondern auch im Bereich der Kunst und Kultur, der positiven Darstellung gleichgeschlechtlich liebender Menschen (“Regenbogenparade”), um für mehr Toleranz und Akzeptanz zu werben.

Lebendige Kulturstadt Wien

Wien ist eine lebendige Kulturstadt, in der Alt und Neu aufeinander treffen. Die Stadt steht für die Freiheit der Kunst und die Vielfalt der Kultur und damit konsequent auf

der Seite der Kunst- und Kulturschaffenden. Und die Stadt unterstützt sie gegen alle, die die Freiheit der Kunst gefährden, einschränken oder funktionalisieren wollen. Die Maxime der Kulturpolitik ist ein offenes kulturelles Klima, das aktuelle Entwicklungen aufgreift und zu einem Teil des Stadtlebens werden läßt. Daher soll auch die Förderung des neuen, innovativen und autonomen künstlerischen Schaffens und nicht hauptsächlich des reproduzierenden Bereiches erfolgen.

Ziel ist eine integrative Kulturpolitik, die Barrieren abbaut und einen Zugang zur Kunst für alle garantiert.

Behinderte Menschen sollen mehr Möglichkeiten haben, Kultur zu erleben. Um- und Neubauten im Kulturbereich haben behindertengerecht zu erfolgen (bauliche Maßnahmen, Rollstuhllifte, akustische Hilfen für Blinde, Sprachbänder für Gehörlose usw.).

Auch die Bedeutung der nach Wien zugewanderten Menschen, die hier ihren Beitrag zur Entwicklung von Kunst und Kultur geleistet haben, soll durch diese Zeichen der Erinnerung und Ehrung unterstrichen werden. Denn die Förderung der Kunst von zugewanderten Menschen in Wien bildet einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt der Stadt und fördert Toleranz und Integration.

Und schließlich ist das Sichtbarmachen des Beitrags und die Förderung von homosexuellen KünstlerInnen zum Wiener (und österreichischen) Kunstschaffen der Stadt ein wichtiges Anliegen und ein Maßstab für die Toleranz, die in der Kulturpolitik Wiens vorherrscht.

83 Kulturpolitik als Instrument der Emanzipation

- Die Stadt strebt die volle Gleichberechtigung für Frauen und daher auch die Verbesserung der Zugangsbedingungen für Künstlerinnen und Kulturarbeiterinnen zu allen Bereichen und Positionen des Kunst- und Kulturlebens an. Die Steuerungs- und Unterstützungsmöglichkeiten der Stadt für Frauenkunst durch Förderungen oder Ankaufspolitik werden ausgebaut und durch eine gleichberechtigte Vertretung von Frauen und Männern in den entsprechenden Beiräten, Kuratorien und sonstigen Positionen des Kunst- und Kulturraumes Wien begleitet. Ein „Frauen-Kunst-Bericht der Stadt Wien“ wird jährlich über den Fortschritt der Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Bereich Kunst und Kultur Aufschluß geben.
- Bei Straßen- und Platzbenennungen, aber auch bei Ehrungen durch die Stadt sind Frauen, die als Künstlerinnen, Wissenschaftlerinnen und in anderen Funktionen besondere Leistungen erbracht haben, noch mehr zu berücksichtigen. Die Ehrung von Frauen aus der Wiener Vergangenheit ist ein wichtiger Anstoß und eine Bestärkung der heutigen Generation.

84 Kultur als Wirtschaftsfaktor

- Die Stadt nimmt Kultur auch als Wirtschaftsfaktor ernst und wird die Unterstützung bei Existenzgründungen mit kulturellem Schwerpunkt fördern. Wie in allen anderen Bereichen auch sind im Kunst- und Kulturbetrieb die Interessen der ArbeitnehmerInnen zu wahren.
- Wien soll in Kultur investieren und sich zum zentraleuropäischen Kreativitätszentrum entwickeln. Wien soll sich als Metropole moderner Architektur ebenso positionieren wie als Designzentrum, als Modestadt, Medienstadt und als Stadt neuer Filmkultur.

85 Neue kulturpolitische Leitlinien

- Im Dialog mit Kunst- und Kulturschaffenden sowie einer interessierten Öffentlichkeit arbeitet Wien ein mittel- bis langfristiges kulturpolitisches Leitbild aus, das Ziele, Schwerpunkte und die angestrebten Veränderungen formuliert.
- Drei-Jahres-Verträge sollen Planungssicherheit gewährleisten und in Zukunft um Anreize für innovative Entwicklungen erweitert werden.

86 Theatervielfalt fördern

- Die vielfältige Theaterlandschaft Wiens soll auch außerhalb des Stadtzentrums erhalten, finanziell abgesichert und für die große Zahl von Freien Gruppen geöffnet werden.
- Gemeinsam mit den Bundesländern und dem Bund soll eine Touringförderung den Freien Gruppen zusätzliche Auftrittsmöglichkeiten im In- und Ausland erschließen.
- Neue Impulse für die Darstellende Kunst in Wien sollen in einem Theaterlabor entstehen, in dem ohne Produktionsdruck geforscht und Theaterarbeit weiterentwickelt wird.

87 Musikvielfalt fördern

- Die Musikstadt Wien bekennt sich zum neuen Musikschaffen, zur Förderung der zeitgenössischen Musikensembles, zur Neuen elektronischen Musik sowie zur Freien Opernszene.
- Im Theater an der Wien soll mehr als bisher klassisches Musiktheater stattfinden, insbesondere ab dem Jahr 2006, dem Mozart-Gedenkjahr. Auch in diesem Fall sollen in zwei Häusern (Raimundtheater und Ronacher) Musicals gespielt werden.

88 Tanzhaus und Tanzlabor

- Im Museumsquartier finden auch das neue Tanzhaus und das Tanzlabor ihre Heimstätte. Der Aufschwung zur international bedeutenden Tanzstadt soll durch eine verstärkte Förderung der Tanzszene und der erfolgreichen Tanzfestivals gewährleistet werden.

89 Neue Impulse in der Wissenschaft

- Wien wird zum ständigen „Weltkongreß des Wissens“. Große Denker sollen in Wien eine Heimstätte finden und die Vermittlung von Wissenschaft an eine breitere Öffentlichkeit wird verstärkt.
- Die Stadt bemüht sich um ein „Art & Science-Centre“ als Plattform für Forschung und Entwicklung an der Schnittstelle von Wissenschaft und Kunst, „alten“ und „neuen“ Medien sowie Gesellschaftswissenschaften. Vermittlungstätigkeit, Kunstproduktion und theoretische Auseinandersetzung stehen im Mittelpunkt des Zentrums.
- Neue Bereiche in der Wissenschaft werden erfaßt, z.B.: Cultural Studies, Gender-Forschung, Urbanismus und Migrationsforschung.
- Förderung von Literaturproduktion ist der Stadt weiterhin ein Anliegen.

90 Film, Neue Medien und Netzkultur

- Die audiovisuelle Industrie stellt eine Zukunftsbranche dar. Die reformierte und aufgestockte Wiener Filmförderung soll Teil einer Filmoffensive werden. Seitens des Bundes, des ORF und anderer Bundesländer soll mittelfristig 1 Milliarde Schilling für den österreichischen Film zur Verfügung stehen.
- Die Stadt fördert aktiv die Herausbildung einer Netzkultur in Österreich und unterstützt dabei auch das dafür notwendige zivilgesellschaftliche Prinzip der Selbstorganisation - ein Ziel, das Kultur- und Medieninitiativen in Zukunft noch stärker aneinander bindet.
- Wien nützt zudem die Neuen Medien zur Berichterstattung über zeitgenössische kulturelle Entwicklungen und unterstützt interaktive Medien für Kunst- und Kulturinformation.
- Die neue "Hauptbibliothek" wird zum Multimediahaus mit freiem Zugang für alle.

91 Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche

- Die Stadt will neue Chancen des kulturellen Erlebens, der Begegnung mit Kunst und Kultur in der Stadt eröffnen. Das gilt speziell für das Angebot an Kinder und Jugendliche in Wien, für das Kindermuseum und das Kindertheaterhaus im Museumsquartier und die Veranstaltungshalle im Gasometer. Auch Studios und Proberäume für Bands sowie Präsentationsmöglichkeiten für Graffiti-Kunst werden fixer Bestandteil des Stadtlebens.

92 Kunst im öffentlichen Raum und Architektur

- Die Stadt schafft einen ressortübergreifenden Fonds für Kunst im öffentlichen Raum und investiert diese Mittel in Kunstprojekte in allen Teilen der Stadt, wobei die Auswahl der Projekte durch einen ExpertInnenbeirat erfolgt.
- Neue Architektur prägt das Bild einer Großstadt als künstlerischer Ausdruck einer Gesellschaft. Es muß beim Bau generell sicher gestellt sein, daß Qualität der Architektur insbesondere bei der Stadt als Auftraggeber gewährleistet wird.

93 Neues Leben im Museumsquartier

- Mit der Fertigstellung des Museumsquartiers verfügt Wien über einen Kulturkomplex, der in Vielfalt und Größe höchsten internationalen Maßstäben gerecht wird. Neben den musealen Einrichtungen des Bundes soll genügend Platz für die lebendige, zeitgenössische und autonome Szene der Stadt – als "Biotop für Initiativen" - zur Verfügung stehen.

94 Revitalisierung Schloß Neugebäude

- Als besonderes Symbol für die europäische Tradition der Freiheit des Geistes soll das fast vergessene Schloß Neugebäude in Simmering – das bedeutendste Renaissanceschloß nördlich der Alpen – revitalisiert und einer neuen, zeitgemäßen Nutzung zugeführt werden.

Wien, Europa und die Welt

Am Beginn des 21. Jahrhunderts leben wir in einer "kleiner" gewordenen Welt. Unser Kontinent wächst zusammen, Grenzen sind verschwunden, der Eiserne Vorhang ist überwunden, Distanzen werden schneller zurückgelegt und das Internet hat uns mit jedem Teil des Globus vernetzt. Alles, was irgendwo geschieht, erreicht uns und be-

rührt uns – Wirtschaft, Kultur und auch Bereiche unseres täglichen Lebens werden immer internationaler. Die Stadt nimmt die Herausforderung der Globalisierung an. Sie sucht und schafft die Chancen auf Mitgestaltung, damit Sicherheit, Menschlichkeit und Gerechtigkeit gewährleistet werden.

95 EU als neue politische Handlungsebene

- Immer stärker bestimmen die Entscheidungen der Europäischen Union unser Leben. Die EU ist eine neue Ebene des politischen Handelns und Einflußnahme. Wien wird sich innerhalb der EU mehr engagieren und auf Entscheidungen mehr Einfluß nehmen. Gemeinsam mit einem aufgewerteten Europäischen Parlament muß es gelingen, eine gemeinsame, sozial und gerechte europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik zu schaffen, Beschäftigungspolitik zu betreiben, eine europäische Umweltpolitik unter Verzicht auf Kernkraft durchzusetzen, ein neues europäisches Sicherheitssystem, das ohne NATO funktioniert und mit der Neutralität vereinbar ist, zu entwickeln und eine Grundrechtscharta als ersten Schritt zu einer europäischen Verfassung zu beschließen.
- Die Bevölkerung soll für die Tätigkeit der EU stärker interessiert, aber auch angeregt werden, Arbeitsmöglichkeiten in der EU wahrzunehmen.

96 Erweiterung der EU als Chance nutzen

- Die Erweiterung rückt Wien geographisch ins Zentrum der EU. Wien sieht das als Chance, die aktiv mitgestaltet werden muß. Dafür soll Wien eine “Task Force EU-Erweiterung” einsetzen.
- Wien hilft den künftigen Mitgliedern bei ihren Beitrittsvorbereitungen durch Know-how-Transfer, durch Technologietransfer, durch Ausbildungsangebote für ExpertenInnen in Zusammenarbeit mit dem INTERREG III-Programm und durch Kooperation in den Städteorganisationen.
- Um Beitritte harmonisch zu gestalten und Probleme auf dem Arbeitsmarkt zu vermeiden, soll die Bundesregierung auf Übergangsregelungen bei der Niederlassungsfreiheit der ArbeitnehmerInnen und der Dienstleistungsfreiheit bestehen.
- Wien verlangt vorbereitende Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für die Wiener ArbeitnehmerInnen (im Wege der Arbeitsmarktpolitik).
- Der neuen zentralen Rolle Wiens in einem neuen Europa soll durch den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (Bahnausbau, Umfahrungsstraßen) entsprochen werden. Wien muß als Knotenpunkt im Rahmen der Transeuropäischen Netze TEN einen festen Stellenwert erhalten.

97 Neue Chancen in Mittel-, Ost- und Südeuropa

Für Wien eröffnen sich viele Chancen in Mittel-, Ost- und Südeuropa. Wien soll zum wichtigsten Partner und damit zu einem Motor für diesen Teil Europas werden, für die Entwicklung der Demokratie, für wirtschaftliche, technische, wissenschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung und der Austausch zum beiderseitigen Nutzen.

- Wien wird seine Partnerschaften mit osteuropäischen Städten ausbauen. Dazu ist auch ein breiteres Angebot notwendig, slawische Sprachen und das Ungarische zu erlernen. Das Potential an zwei- und mehrsprachigen WienerInnen muß als echte Chance erkannt und wahrgenommen werden.
- Nach den politischen Veränderungen in Jugoslawien soll sich Wien an der Beseitigung der Kriegsschäden in allen Balkanstaaten zum Wohle der arg geprüften Bevölkerung beteiligen.

- Wien ist eine weltoffene Stadt. Das Bekenntnis zu Europa wird durch das Engagement für globale Fragen, Entwicklungspolitik und vor allem für den Frieden ergänzt. Außenpolitik muß heute viel mehr sein als herkömmliche Diplomatie. Sie darf sich nicht auf Außenämter und Regierungen beschränken und sie muss Friedenspolitik, sie muss aktive internationale Politik sein.

98 Eigenständige Stadtaußenpolitik

- Wien wird daher weiterhin seine eigenständige Stadtaußenpolitik fortsetzen: Als Ort der Begegnung von Ost und West, was durch die Einrichtung einer ständigen Konferenz der Regionen und Städte im südlichen Zentraleuropa unterstrichen werden soll.

99 “Friedenspreis” der Stadt Wien

- Mit einem “Friedenspreis” für erfolgreiche friedenserhaltende Aktivitäten soll Wien gerade jene Konfliktlösungen auszeichnen, die ohne Androhung oder Anwendung von Waffengewalt erfolgt sind. Damit will Wien einen friedlichen Beitrag zur Europäischen Sicherheitspolitik leisten.

100 Wien soll Sitz internationaler Organisationen bleiben

- Wien soll weiterhin eine der drei UNO-Hauptstädte und Heimat wichtiger Teilorganisationen der UNO sein.
- Wien bekennt sich zu seiner Rolle als Sitz der OSZE, unterstützt die Bestrebungen, auch ein Büro des Europarates hier zu errichten, und bekennt sich zu seiner Aufgabe als Standort der EU-Stelle gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.